

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift
Tageblatt Riesa.
Heraus Nr. 20.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtssanitätschaf beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Botschaftskontor
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 216.

Mittwoch, 14. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Ausstellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachförderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Gründschrift Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Beste Tarife. Benütziger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verförderungsseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Briefwechsel Hindenburg – Göring.

Der Reichspräsident weist die Beschuldigungen gegen den Reichskanzler zurück. Göring erkennt Auflösung an, bezeichnet aber die Abstimmung als rechtsgültig und fordert erneut Rücktritt der Reichsregierung.

II Berlin. Reichstagpräsident Göring hat an den Herrn Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung hat gemäß Artikel 88 der Reichsverfassung die Unwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Inneren zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Inneren haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem klaren Wortlaut des Artikels 88 der Reichsverfassung nicht zulässig, wie die Reichsregierung durch ihr Verhalten in den Sitzungen des Ausschusses vom 22. und 25. Juli 1932 anerkannt hat. Der Ausschuss bestellt, dass sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Inneren durch ihre Handlungswaffen eine offene Feindseligkeit der Reichsverfassung schuldig gemacht haben.“

Er erwartet, dass der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Inneren zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhalten wird. ges. Göring.“

Der Herr Reichspräsident hat hierauf wie folgt geantwortet:

„Den in Ihrem Schreiben vom heutigen Tage gegen den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Inneren erhobenen Vorwurf des Verfassungsbruches weise ich mit Entschiedenheit zurück. Die Fragen, mit denen sich heute der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung befasst hat, wären nie entstanden, wenn Sie, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Verlesung meiner Auflösungsverordnung erteilt oder zum mindesten logisch nach Ausstellung dieser Verordnung die Sitzung des Reichstages geschlossen hätten. Sobald Sie, Herr Reichstagpräsident, und der Ausschuss diese unanfechtbare Reichslage ausdrücklich anerkennen würden, wie die Reichsregierung bereits erklärt hat, einem Erledigen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Inneren vor dem Ausschuss nichts mehr im Wege stehen. ges. v. Hindenburg.“

II Berlin. Diesem Briefe war, wie das Nachr.-Büro des VDZ erfuhr, die oben verfasste kurze Mitteilung des Vorsitzenden des Überwachungsausschusses des Reichstages vorangegangen. Auf diese ohne Höflichkeitstformeln ergangene Mitteilung hatte Reichspräsident v. Hindenburg nur kurz geantwortet.

Die Antwort des Reichspräsidenten hat sich mit dem ausführlichen Brief Görings getrennt. Reichstagpräsident Göring hat dann nach dem Eingang des Schreibens von Hindenburg noch einmal einen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet, in welchem er diesen Sachverhalt klarzustellen versucht und dem Reichspräsidenten mitteilt, dass er dessen Antwort an den Vorsitzenden des Überwachungsausschusses weitergeleitet habe.

Der Vorsitzende des Überwachungsausschusses, Abg. Löbe (Soz.), hat daraufhin sofort diesen Ausschuss für Mittwoch nachmittag 8 Uhr zur Beratung des Briefwechsels zwischen Göring und von Hindenburg einberufen.

II Berlin. Zu dem Schreiben des Reichstagpräsidenten Göring an den Reichspräsidenten, in dem, wie gemeldet wurde, die üblichen Höflichkeitstformeln fehlen, teilte die Pressestelle der NSDAP mit, Reichstagpräsident Göring stelle auf dem Standpunkt, dass das erwähnte Schreiben kein Brief des Reichstagpräsidenten Göring sei, sondern dass es sich um einen amtlichen Bericht eines Reichstagsausschusses handele, den er als Reichstagpräsident öffentlich gemacht mit seiner Unterschrift habe. In amtlichen Berichten der Ausschüsse sei es aber üblich, jede Höflichkeitstformel fortzulassen. *

Der Brief des Reichstagpräsidenten Göring an den Reichspräsidenten.

II Berlin. Reichstagpräsident Göring hat am Dienstag abend an Reichspräsident von Hindenburg ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!

Euer Exzellenz!

Der Reichstag gibt seiner Erwartung hiermit Ausdruck, dass Sie, Herr Reichspräsident, entsprechend den Vorberichten der Reichsverfassung die von der Abstimmung des Reichstags betroffene Notverordnung unverzüglich außer Kraft setzen werden. Die selbstverständliche Folge des Annahme des Wiederwahlbeschlusses wird der unverzügliche Rücktritt der Regierung Papen sein, da eine Regierung, die zu 95 Prozent das deutsche Volk gegen sich hat, weder weiter die Politik im Innern bestimmen, noch Deutschland in der

jenigen schwierigen Lage dem Ausland gegenüber vertreten kann. Nach beiden Seiten hin steht der Regierung Papen jegliche Legitimation des deutschen Volkes; besonders im Hinblick auf die derzeit schwierenden Verhandlungen mit dem Ausland würde eine Regierung, die fast von dem gesamten deutschen Volk durch Misstrauen abgelehnt wird, eine unmögliche Verhandlungssituation besitzen. Dem deutschen Volke muss daraus schwere Schädigung erwachsen. Der Brief liberalisiert dann ausführlich den Sitzungsverlauf und führt fort:

„Ich stelle auch Euer Exzellenz gegenüber ausdrücklich fest (vergleiche amliches Stenogramm), dass ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt hatte, als der Herr Reichskanzler den ersten Bericht machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in seinem Parlamente der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Letzteres ist technisch auch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, dass auch die Deutschnationale Volkspartei diesen meinen Standpunkt dadurch anerkannte, dass sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungsergebnis mit beteiligt hat. Nachdem ich das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben hatte, ergriff ich sofort das Schriftstück und erkannte nun erst, dass es sich um das Auflösungsdefizit handelte, welches ich darauf zur Verlesung brachte.“

Hilftesthet demnach, erfasst, dass somit der Abstimmungsakt vor der Auflösung des Reichstages stattgefunden hat; zweitens, dass das Ergebnis dieser Abstimmung zu recht besteht; drittens, dass nach der Reichsverfassung die betreffenden Notverordnungen außer Kraft zu setzen sind; viertens, dass die Regierung Papen mit einer vernichtenden Mehrheit vom deutschen Volke durch seine erwählte Vertretung gestürzt worden ist.

Göring gibt dann zu, dass formal der Reichstag im Augenblick nach der Abstimmung aufgelöst worden sei. Er fügt hinzu:

„Gegen die Begründung dieser Auflösungsorder muss ich jedoch als Präsident der deutschen Volksvertretung Verwahrung einlegen. Gewiss ist es in das Ermeß des Herrn Reichspräsidenten gestellt, den Reichstag aufzulösen, jedoch niemals aus dem gleichen Anlass. Tatsächlich ist jedoch der Reichstag bereits am 4. Juni 1932 aufgelöst worden mit dem tatsächlichen Sinne, dass die damalige Regierung Papen nicht das Vertrauen der deutschen Volksvertretung gefunden hätte. Tatsächlich ist auch der neue Reichstag aufgelöst worden, weil die Regierung Papen wiederum kein Vertrauen gefunden hätte.“

Nachdem bekanntgeworden war, dass eine Abstimmung stattfinden sollte, hat der Herr Reichskanzler, wie ich später erfuhr, bei seinem Eintritt in den Reichstag offenbar und in einer für den Reichstag verlegenden Form mit der Roten Mappe gegen die Diplomatenlage hinaufgewinkt. Vor allem aber werden diese Zusammenhänge bestätigt durch den Wortlaut der Auflösungsorder selbst. Es sollte also von vornherein die Abstimmung unmöglich gemacht werden. Die Aufhebung einer Notverordnung gehört zu den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages, und zwar ist dem Reichstag hier das Recht der Aufhebung eingeräumt worden als Regulativ gegenüber einer Regierung, die sich annehmen sollte, willkürlich Anordnungen und Bestimmungen auf dem Wege von Notverordnungen zu erlassen, um somit Verfassung und Volkssohne jederzeit zu garantieren. Wenn nun ein Reichstag jedesmal aufgelöst werden soll, weil Gefahr besteht, dass er ein durch die Verfassung gegebener Recht, ja eine durch die Verfassung auferlegte Pflicht im Interesse des Volkes ausübt, so bedeutet dies eine dem Sinn der Verfassung widersprechende Handlung.

Der Gedanke der Volksverantwortlichkeit, so heißt es weiter in dem Brief, und des ersten Grundlauges unserer Verfassung „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, würde durch eine solche Haltung verletzt. Ich sehe mich deshalb verpflichtet, hochverehrter Herr Reichspräsident, gegen die Verordnung des Auflösungsabkrets vor dem ganzen deutschen Volke leidenschaftlich Protest einzulegen.“

Der Reichstagpräsident weist dann darauf hin, dass der Reichstag später gewählt worden sei, als der Reichspräsident, und dass auch die Wahl des Reichspräsidenten mit Hilfe der Partei bewerkstelligt sei. Die politische Willensbildung der Nation könne sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren. Solle man die politischen Parteien restlos ausschalten oder vernichten, so schalte man praktisch den Volkswillen selbst aus und wende sich damit gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung.

„Ich darf Sie versichern, hochverehrter Herr Reichspräsident, dass das deutsche Volk sich zur Zeit in einem stand namenlosen Unruhe und Empörung befindet, weil

dieses Volk empfindet, dass seine in der Verfassung niedergelegten Grundrechte in Gefahr sind. Das Volk kann und wird es nicht verstehen, dass es weiterhin regiert werden soll von einer Anzahl von Männern, die leben durch den Reichstag bestätigt wurde, doch sie sich auf keinerlei Vertrauen des Volkes berufen können. So wertvoll die Autorität Euer Exzellenz sein mag, so darf nicht übersehen werden, dass das Vertrauen des Reichspräsidenten zur jeweiligen Regierung keine Ergänzung finden muss in dem Vertrauen des deutschen Volkes.“ Er, der Reichstagpräsident, würde daher der berechtigten Hoffnung Ausdruck verleihen, dass der Reichspräsident der Regierung ebenfalls sein Vertrauen entziehe.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Exzellenz ergebenster ges. Göring, Reichstagpräsident.“ *

Die Antwort auf das Schreiben des Reichstagpräsidenten.

„Die gefassten Beschlüsse sind verfassungswidrig und somit gegenständlos“.

Berlin. (Funkspruch) Das geirrite Schreiben des Herrn Präsidenten des Reichstages an den Herrn Reichspräsidenten ist durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Brief beantwortet worden:

„Sehr geehrter Herr Reichstagpräsident! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 18. September 1932 zu bekräften. Unter Hinweis auf mein gestern an Sie gerichtetes persönliches Schreiben lädt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, dass die nach Übergabe der Auflösungsverordnung vom Reichstag noch gefassten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenständlos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.“

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebener ges. Dr. Meißner.“ *

Zwei Briefe des Reichstagpräsidenten an den Reichskanzler.

bd. Berlin. Reichstagpräsident Göring hat an den Reichskanzler v. Papen am Dienstag nachmittag zwei Schreiben gerichtet.

Das erste lautet: Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Den Vorwurf des Verfassungsbruches, den Sie mir in Ihrem geirritten Briefe gemacht haben, muß ich aufdringlich zurückweisen. Ich stelle ausdrücklich fest, dass ich bereits die Abstimmung eröffnet hatte, als Sie sich zum Worte meldeten. Ich bin der Auffassung, dass während einer Abstimmung die eine unteilbare Handlung bedeutet, überhaupt keine Worterteilung gegeben werden darf. Dies beweist die bisherige Praxis aller Parlemente. Ich war also gesungen, zunächst die Abstimmung abzurollen zu lassen. Die Auflösung des Reichstages war daher nach meiner Auffassung erst nach der Abstimmung wirksam. Ich bitte Sie daher, den Vorwurf des Verfassungsbruches zurückzunehmen, da die Voraussetzungen für eine solch schwere Ehrenkrönung nicht gegeben sind.

Das zweite Schreiben hat folgenden Wortlaut: Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Nachdem ich mich überzeugt habe, dass auch Minister, denen der Reichstag das Vertrauen entzogen hat, zur Gegenzeichnung eines Auflösungsabkrets berechtigt sind, habe ich meine Auffassung bereits gestern abend dahin korrigiert, dass der Reichstag formal-juristisch zu Recht aufgelöst ist und daher weitere Sitzungen oder Handlungen mit Annahme der in der Verfassung vorgelesenen Ausschüsse nicht stattfinden werden.

Um die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit.

Berlin. (Funkspruch) Der Reichsarbeitsminister hat zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 Vorschriften vorbereitet, die voraussichtlich am 15. September bekanntgegeben werden. Da diese Vorschriften für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Höhe der zulässigen Unterbrechungen der Tarifhöhe von wesentlicher Bedeutung sind, wird es notwendig sein, dass die Betriebe vor weiteren Schritten den Erlass der Durchführungsvorschriften abwarten.

Herbstfeste.

Stürme brausen über die Lande.

Selbst die stärksten Bäume zagen und röhnen unter der furchtbaren Gewalt.

Das leichte Gehölz biegt sich, und was morsch ist im Geist, das wird losgerissen und prallt zu Boden. In den Siedlungen der Menschen pfeift es um die Häuser und die Straßenecken, und es heult in Schlössern und Kämlinen und Dachulen in allen Tonarten. Wehe Tür und Tor und Leben, die nicht wohl verwahrt sind! Wehe, wenn ein Dachstiel los ist!

Am Himmel wechseln Sonnenglanz und düstes Gewölk und Regen und Sonnenglanz. Da drängen schwarze Wolkenmauer heran. Der Sturm peitscht dazwischen — reißt sie auseinander, das wir die Sonne erblicken, hält sie wieder zusammen. Reicht sie in wildem Wirbel hoch empor, daß Hagelschlägen daraus herneidertropfeln — drückt sie tief hinab, daß starke Regenschauer hervordrängen.

In der Natur ist alles Kampf. Im kleinen und Verborgenen jehn wir es nicht so leicht. Wir müssen schon fein beobachten, um die Kraft zu ermessen, mit der der archte Keimling sich durch die harten Erdschollen den Weg zum Licht erkämpfen muß. Aber wir jehn, wie an seiner Zeit der Höhn den Winter aus dem Lande jagte und auf seinen Mitteln den Frühling ins Land hineintrug. Und nun wehen die wilden Herbststürme.

Wenn sie vorübergeweht sind, wird des Sommers Kraft endgültig gebrochen sein.

Wenn dann hernach die Sonne wieder kommen wird, dann wird ihr Schein nur noch ein matter Abglanz der schönen Hochsommerzeit sein. Und immer häuflich wird sie sich ganz verbüßen, und es werden die grauen, trüblichen Tage des späten Jahres kommen. Es gibt das Laub, und alles Kraut wird welf und dürr — dann ist die harte Zeit des großen Sterbens da.

Deutschliches und Sachsisches.

Niesa, den 14. September 1932.

* Wettervorbericht für 15. September 1932 (Mitgeteilt von der Sachs. Landeswetterwarte zu Dresden.) Weit schwache Winde aus westlichen Richtungen, nur langsamem Pendlungsbewegen. Neigung zur Nebelbildung, wärmer, ansonst leichte Niederschläge.

* Daten für den 15. September 1932. Sonne: umso 5.34 Uhr. Sonnenuntergang 18.16 Uhr. Mondaufgang 18.18 Uhr. Monduntergang 6.03 Uhr.

1834: Der Geschichtsschreiber Heinrich Treitble in Dresden geb. (gest. 1896).

1882: Der Unterseefahrer Otto Weddigen in Herford geb. (gest. 1915).

1926: Der Philosoph Rudolf Eucken in Jena gest. (geb. 1846).

* Stenographisches Wett schreiben. Gestern hielt der Stenographen-Verein Niesa in der bislangen Handelschule sein diesjähriges Wett schreiben ab. Erstaunlicherweise war dabei eine außerordentlich rege Beteiligung. Be schrieben wurde in den Geschwindigkeiten von 80 Silben bis 280 Silben in der Minute. Daran beteiligten sich 112 Damen und Herren. An dem anstrebenden Schön- und Richtig schreiben nahmen 40 Damen und Herren teil. Die Bekanntgabe der Preisträger und die Preisverteilung erfolgte bei dem am 15. Oktober im Hotel Höpner stattfindenden Stiftungsfest.

* Der Christliche Elternverein Niesa veranstaltete am Freitag einen Vortragsabend im Jugendheim Hohe Straße. Näheres unter „Vereinsnachrichten“.

* Feierstahl. Nur dem Wochenmarkt wurde heute vormittag eine helle Einwohnerin nach dem Stehlen von Fleischwaren gestellt. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

* Im „Capitol“ gelangt ab heute mit dem neuen Filmprogramm wieder ein Tonfilm zur Aufführung, der überall in den Großstädten begeisterte Aufnahme gefunden hat. Er heißt sich „Ein toller Einfall“. In den Hauptrollen wirken mit Willy Krätzsch, der vergnügte Filmliebling, Max Adalbert, Rohn Barsony, eine entzündende Tänzerin usw. Über den Film selbst lesen wir u. a.: Wenn ein zauberhaft beschwingtes Spiel sich in glänzenden Bildern zu überchwappendem Lebendigkeit zeigt, wenn eine Liebesgeschichte in gar nicht vergebster Form zum glücklichen Ende geführt wird, wenn die sorgsam geführte Regie Kurt Herrons, von hundert glücklichen Einfällen geprägt, auf ein mustergültig durchgearbeitetes Drehbuch gestützt, die Handlung in fliegende Episoden auflost, die Darsteller zu höchsten Leistungen bringen, die Musik Walter Jurmann zur verlebten Begleitung dampft, wenn Willy Krätzsch die Herzen seiner Verehrerinnen bezaubert und damit das Publikum, wenn ein Mädel wie die Rosy Barlong in tänzerischem Uebermut durch die Szenen hüpfst, lachend, sprudelnd, mit neidlichem Augenblick und lockter Anmut — sie holt sich an die drei- oder viermal verdrehten Sonderapplaus und offenbar Szene —, wenn daneben eine still und keine Schauspielerin wie Dorothée Wick mit einem paar Wörtern, mit wenigen Worten Proben ihres kultivierten Spiels gab (daher man sie bestens hat), ist schon danachswert, wenn Höriger diese Schwipsgeschäfte mit Verdow führt und gleich darauf Ellen Schwannen in tödlicher Natürlichkeit ihr plissiertes, verliebtes Gesicht zeigt und durch die Bilder schlenkt, tapfig und gottlos noch ungelenk, Max Adalbert seine Witze dahinterzählt, Leo Slezak für Augenblitze erfreut, in das Vergnügen vollkommen, muß das Publikum in die glänzendste Stimmung kommen, und der starke Beifall am Schlus kommt nicht ausbleiben. Ein toller Einfall — einfall tolle Geschäftsaufzüge. Solche geschmacvollen, lustigen Dämme verleiht das Publikum. — Auch das Niesaer Publikum wird hochbegierig sein und den Film liebhaben. Näheres steht heutiges Anerter.

* Katholischer Gesangverein und Kirchenchor „Cäcilie“. Am Sonntag, den 11. September, veranstaltete der katholische Gesangverein und Kirchenchor „Cäcilie“ im großen Saale des Hotel Höpner einen Werbeabend bestehend aus Gesangskonzert und Ball. Herr Prof. Oberst. E. Schmidt begrüßte die trost der schlechten Zeit verhältnismäßig zahlreich erschienenen Gäste, darunter ganz besonders die hochw. Geistlichkeit und die Freunde aus Strehla, Kamenz und Zellnitz. Herr Schmidt verstand es vorzüglich, den Gästen Wesen und Wirkung der Cäcilie zu erklären. Zweck der Veranstaltung war, den Freunden und Gönnern der Cäcilie nach langer Pause Gesänge alter Art zu Gehör zu bringen. Am ersten Teil brachte der Chor unter der sympathischen Leitung des Chormeisters Hans Meiner solende Chöre zu Gehör: „Ozyme“ von Stadler; „In stiller Nacht“ von Brahms; „Gloria“ aus der Messe „Salve Regina“ von Sieble. Anschließend daran langen Frau Möbel (Sopran), Frau Künemann (Alt), begleitet von Frau Duttko-Klaus am Klavier. „Ich wollt meine Lieb ergäbste sich“, „Drei süße kleine Dirnen“ und „Auf einem Baum ein Knuck sitzt“. Der Verein ist zu beglückwünschen, in seinen Reihen solche Solokräfte zu beobachten. Der starke Beifall war der Beweis dafür, wie sehr der Solovortrag angesprochen hat. — Im zweiten Teil kam das Volkslied zu seinem Recht. „Helmatehnen“ von Jüngst, „Bogantienlied“ von Krannich und das immer wieder gern

gehörte „Der Hans hat die Pieße geküßt“ von Wellmann bewiesen, daß der Verein auch in der Pflege des Volksliedes ganze Arbeit geleistet hat. Frau Möbel sang nun wieder begleitet von Frau Duttko-Klaus die „Arie aus dem Kreischüh“ und „Liebliche Wangen“. Bei der sehr schwierigen Partie des Kreischüh konnte Frau Möbel ihr Können unter Beweis stellen. Ganz hervorragend erledigte sie sich der Aufgabe und wir freuen uns heute schon, bei der nächsten Veranstaltung wieder solche Leistungen von den Damen zu hören. Ganz besonders sei nochmals die meisterhafte Beleistung von Frau Duttko-Klaus erwähnt. Der dritte Teil war dem Orchestergehang gewidmet. Unter Mitwirkung der Trompetenlang der Chor mit viel Liebe und Begeisterung „An den schönen blauen Donau“ von Johann Strauß und „Drosbinnwalzer“ von Karl Reimann. Nicht enden wollender Beifall belohnte die Sänger für ihre Mühe. Der Chormeister hat auch hier bewiesen, daß ihm auch der Orchesterzug geläufig ist. Getrost kann er seinem Verein in dieser Form weiterführen, besserer Seiten entgegen. Ein gemütlicher Tanz hielt die Besucher noch einige Stunden besammten.

* Heute abend Mondfinsternis. Da sich der Mond am 14. September zur Zeit des Vollmonds nahe auf austretenden Knoten, um einen Schnittpunkt seiner Bahn mit der Ellipse befindet, findet eine Mondfinsternis statt, die bei uns in ihrem ganzen Verlauf zu sehen ist. 19.05 Uhr tritt der Mond, wie bereits mitgeteilt, in den Halbdunkeln der Erde; das macht sich allerdings kaum oder nur sehr wenig durch eine leichte Schwächung des Vollmondlichts bemerkbar. Erst 20.18 Uhr, wenn der Mond in den Kernschatzen eintritt, beginnt die eigentliche Verfinsternis; langsam schreitet der Erdschatten auf dem Vollmond weiter vor, bis 22 Uhr der Höchststand der Verfinsternis erreicht ist. Die Finsternis ist nahezu total; es werden 98 Prozent des Mondhalbmessers verfinstert. Nun nimmt die Verfinsternis wieder ab, und 23.45 Uhr, mit dem Austritt des Mondes aus dem Kernschatzen, erreicht sie ihr Ende. Am 15. September 0.58 Uhr tritt der Mond aus dem Halbschatten der Erde.

* Eröffnung der Grundsteuer 1932 für Siedlungshäuser auf dem Erlahwege. Das Sächsische Finanzministerium erlässt im Sächsischen Verwaltungsbuch Nr. 47 folgende Verordnung: Für Siedlungshäuser (Mietwohnungsbauten), für die der dritte Einheitswert niedriger als der erste Einheitswert festgestellt worden ist, ist auf Antrag die Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1932 auf dem Erlahwege bis auf den Betrag herabzusetzen, der sich bei Zugrunderelegierung des dritten Einheitswertes als Grundsteuer ergeben würde. So weit jedoch die Befreiungen in § 3 des Gesetzes über die Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1932 eingeschlagen, ist nach diesen Befreiungen zu verfahren. Die Befreiungen in Ab. 2 der Verordnung des Finanzministeriums vom 9. August 1930 und in Nr. 1 der Verordnung des Finanzministeriums vom 20. Januar 1931 gelten entsprechend.

* Die Verhandlungen in der Textilindustrie. Die Verhandlungen im Lohnmontag in der westfälischen Textilindustrie, die am Montag vor dem Schichttag in Dresden begannen, wurden nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, am Dienstag fortgeführt, sondern auf Donnerstag, den 15. September, vertagt. — Wann die Verhandlungen in der ostfälischen Textilindustrie ihren Fortgang nehmen werden, ist noch unbestimmt.

* Landtagsanträge. Die nationalsozialistische Landtagsfraktion hat einen Antrag eingereicht, in dem die Regierung erachtet wird, darin zu wirken, daß sämtliche Amtsanstellungen bei der Reichsbahn rückgängig gemacht werden. Die Leistungsaufgaben sollen aufzugeben und die dadurch eingetretene Gelder zur Weiterbeschäftigung von Arbeitern und Angestellten verwendet werden.

* Aus dem politischen Leben. Der Landesvorstand der Sächsischen Zentrumspartei hat für Sonntag, den 25. September, einen außerordentlichen Partitag nach Dresden einberufen, auf dem Dr. Bode-Berlin über die politische Lage im Reich referieren wird. Ferner stehen die sächsischen Kommunalwahlen am 13. November zur Beratung.

* Der Sächsische Chormeisterverband in Meißen. Der Sächsische Chormeisterverband hatte als Seiemonberatung einen Ausflug nach Weißen angelegt. Auf Einladung des Vorstandes waren auch Gäste erschienen, so die Vorstandsmitsieder des Julius-Otto-Bundes, Vorstandsmitsieder der Grüne Weisen vom Sächsischen Elgausländerbund, Vorstandsmitsieder der Weißenberger Gesangvereine und Chormeister, die dem Verbande bis jetzt noch nicht angehören. In Vertretung für die dienstlich berufenen durch Krankheit verhinderten Vorständen berichtete Wisselich die Anwesenden. Er wies darauf hin, daß die Sitzung als Werbeversammlung gedacht sei. Auch außerhalb Dresdens sollte man spüren, daß ein Sächsischer Chormeister-Verband besteht und arbeite. Mit der Tagung in Meißen sollte damit begonnen werden, die Ideen des Sch. auf das Land und unter die Sänger hinauszutragen. Die Vereine sollten durch ihre Führer erfahren, daß die Chormeister nicht nur aus Standesinteressen organisiert seien, sondern daß sie als musikalische Führer Kulturbearbeitung in der heutigen Zeit mit leisten wollten. Lehmann-Weisen dachte und grüßte im Namen der Weißenberger Sänger. Der Vorstand des Julius-Otto-Bundes, Reichsbahnmitmann Scheder, knüpfte an einen Punkt an, den sich unter vielen anderen der Sch.-B. zu erreichen vorgenommen hat, nämlich: enge Führungnahme mit den Sängerbünden. Er freute sich, daß die Chormeister als Organisation die Bünde lüften, arbeiten sie doch dem gemeinsamen Rieke zu. Der Chormeister sollte nicht bezahlter Vereinsbeamter sein, sondern er müsse mit ganzem Herzen hinter seiner Sache stehen und für sie zu kämpfen wissen.

* Das Weiße Kreuz in Sachsen. Am 10. und 11. September hielt der Sittlichkeitsbund vom Weißen Kreuz seine 25. sächsische Landeskongress in Aue ab. Aus allen Teilen Sachsen waren Pfarrer, Lehrer und Einzelmitglieder zu diesen Veranstaltungen gekommen. Die Konferenz wurde eröffnet mit einer Leiterversammlung, in der Generalsekretär Gundersmann, Berlin, über das Thema: „Probleme und Freude in der Arbeit“ sprach. Zu gleicher Zeit hielt Generalsekretär Alja, Chemnitz, in einer öffentlichen Abendveranstaltung vor Männern und jungen Männern einen Vortrag über das Thema: „Christliche Jugend im Sturm unserer Tage“. In der Hauptversammlung gab zuerst Pfarrer Knabe, Landesvorsteher des sächsischen Sittlichkeitsbundes, einen Rückblick über die 25-jährige Arbeit des sächsischen Bundes. Es schlossen sich drei Referate an: Rektor Böhme, Aue, sprach über: „Der heilige Gott“, vom medizinischen Gesichtspunkt beleuchtet Dr. med. Fink, Bischau, „Die Sprache des Leibes“, und Generalsekretär Gundersmann rief zum Schluß zu neuem Kampf in der schweren Weißenkreuz-Arbeit auf. In dem öffentlichen Abendvortrag pastete der Landesvorsteher die Frage „Mann und Frau“ an. Er warnte vor dem ausichtslosen Weg der Selbstzerstörung und zeigte den einzigen Weg der Erlösung von den Nöten durch Jesus Christus. Den Schluß der 25. Landeskongress bildete eine Befreiungsstunde in der Friedenskirche für männliche und weibliche Jugend. Generalsekretär Gundersmann sprach in seiner jugendlichen Art über die innere Kraft zu einem siegreichen Leben.

* Vegetarische Frauen-Legung in Leipzig. Am Sonntag, 18. September, wird in Leipzig der 12. Bundestag des deutschen „Vereins vegetarischer Frauen“ stattfinden. Am Anschluß an die Hauptversammlung erfolgt eine erstmalige Ausstellung ledertoten Schuhwerks. Der Nachmittag ist dem Besuch einer musikalischen Feier am Böllerlachdenkmal gewidmet.

* 18. Bundestagung der Kriegsteilnehmer der Reichsbahn. Am Sonntag hielt die Freie Vereinigung der Kriegsteilnehmer 1914/18 der Deutschen Reichsbahn in Weidenberg-Witznau ihre 18. Bundestagung ab, zu der u. a. auch 82 Bezirksvertreter aus Sachsen, Thüringen und Bayern erschienen waren. Der Vorsitzende der Vereinigung, Reichsbahninspektor Hermann-Dresden, gab einen Überblick über die Aufgaben des Bundes. Im Rahmen der Tagung fand eine Gefallenenehrung am Kriegerdenkmal statt. Den Abschluß der Tagung bildete ein wohlgelungener Festabend. — Zum Oct. der nächstjährigen Hauptversammlung wurde Habenstein (Bayern) bestimmt.

* Tagung des Landesverbandes Sachsen des Deutschen Sprachvereins. Der Landesverband Sachsen des Deutschen Sprachvereins hielt am Sonntag in Hohenstein-Ernstthal seine diesjährige Hauptversammlung ab. Einer Festtagung am Sonntag vormittag wohnte auch Bürgermeister Dr. Wagner-Hohenstein-E. bei. Der Vorsitzende des Landesverbands, Stadtdirektor Dr. Paulus-Baupen, bezeichnete in seiner Begrüßungsansprache als eine vaterländische Aufgabe des Sprachvereins die Bekämpfung des Fremdworts. Den Festvortrag hielt Prof. Dr. Wendt-Gemünd über „Technik und Sprache“. In der am Nachmittag abgehaltenen eigentlichen Hauptversammlung erhielt Dr. Paulus den Jahresbericht. Ausführlich behandelt wurde sodann der Landeslehrplan für die höheren Schulen. — Die nächste Hauptversammlung soll in Weissenstatt finden.

* Erlass gegen das Überleben von Menschenansammlungen. Aus Berlin wird dem Telunion-Sachverständigen geschrieben: Gegen das Überleben von Menschenansammlungen hat der Reichsverkehrsminister folgenden Erlass herausgegeben: Nach § 79 der Verordnung über Lustverkehr dürfen Menschenansammlungen nicht in einer Höhe unter 200 Metern überstehen werden. Unfälle und Verstöße geben mir Veranlassung, auf die Innthalterung dieser Bestimmung besonders hinzuweisen. Überstretungen sind strafbar. Darüber hinaus erfuhr ich als Flugzeugführer, beim Überfliegen von Erholungs- und Sportstätten jede Gefährdung Dritter durch die Art des Fliegens unter allen Umständen, Störungen durch den Motoralarm aber nach Möglichkeit zu vermeiden.“

* Auch die Blumengeschäfts inhaber gegen Übermäßige Blumeneintüte. Der Tagung der Blumengeschäfts inhaber in Halle kommt insofern Bedeutung zu, als sich auf ihr ergab, daß zwischen Blumenzüchtern und den Geschäftsinhabern infolge völkerliche Übereinstimmung besteht, als beide die übermäßige Übereinstimmung des deutschen Marktes mit ausländischen Blumen als ein Fehler bezeichnen. Zwischen den beiden nahe verwandten Berufen des Blumenzüchters und -händlers besteht Einigkeit darüber, daß bei gleichzeitiger Rückgang der Kaufkraft des deutschen Volkes die Einfuhr von ausländischen Blumen unberechtigt und für beide Berufe gleich schädlich ist. Das damit verbundene Überangebot am deutschen Markt muß zwangsläufig zu Preisabschneidungen führen, durch den Erzeugung und Verkauf gleichermaßen geschädigt werden.

* Mädchenvölkchenbildung tut rot. Der Gesamtvorstand des Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenvereins hat in einer Entschließung soeben zum Ausdruck gebracht, daß den Mädchenvölkchen nicht auswirken einer einseitig sachlichen Ausbildung die allgemeine Schulung ihrer geistigen Fähigkeiten vorerhalten wird, die die Voraussetzung einer vollen Teilnahme am Gesamtleben der Nation ist. Ebensoviel darf das Mädchen von wissenschaftlicher Bildung gründlich ausgeschlossen werden. Das Kulturerleben unseres Volkes bedarf im steigenden Maße der Mitarbeit der Frau, die über eine gründliche geistige Bildung verfügt. In der gesamten Mädchensbildung aber ist der besonderen Bedeutung und Kulturaufgabe der Frau dadurch Rechnung zu tragen, daß Unterricht und Erziehung vornehmlich in die Hände von Frauen gelegt wird. Diese Forderung wird nicht Genüge geleistet, wenn nur die technischen Fächer weiblichen Lehrkräften übertragen werden. Vielmehr ist im Hinblick auf das Ziel aller Mädchensbildung gerade in den wichtigsten Bildungsfächern der Frau voller Anteil am Unterricht einzuräumen.

* Spanische Schatzsucher wieder an der Arbeit. Aus zahlreichen Mitteilungen verschiedener Polizeiverwaltungen und Privatpersonen geht hervor, daß die sogenannten „Spanischen Schatzsucher“ ihre Tätigkeit wieder aufgenommen haben. Es handelt sich um Betrüger, die in Abständen von einigen Jahren aus Madrid oder Barcelona an deutsche Bürger, vorwiegend finanzielle Geschäftsteile, Schwundbriefe versenden. Während der Briefschreiber in früheren Briefen Hauptmann (Bahlmeister) gewesen sein und sich wegen Teilnahme an einem politischen Komplott in Haft befinden will, behauptet er jetzt, wegen Bankrotts in Gefangenschaft zu sein. In den früheren Briefen wurde der Adressat gebeten, dem Geschäftsnamen zu Wiedererlangung von 150000 Franken zu verhelfen, die sich in einem auf einem spanischen Bahnhof lagerten Koffer befinden soll. In den neuerdings verhandelten Briefen wird vorgespielt, daß das Vermögen des Koffers in Höhe von 300000 Mark bei einer bedeutenden Bank in Deutschland deponiert sei. Der Empfänger des Briefes soll sich zu diesem Zweck nach Spanien begeben, um dort die 16-jährige schwule Tochter des Briefschreibers in Obhut zu nehmen und durch Bezahlung eines 5700 Mark Gerichtsstolzen die beschlagnahmten Reichtümer des Eigentümers einführen zu können. Im Geheimfach der Kleiderkästen soll sich der Depositor für den Koffer mit dem Vermögen befinden. Dem Helfer wird weiterhin die Übergabe bestimmter Dokumente in Aussicht gestellt, die es ihm ermöglichen sollen, daß in Deutschland verdeckt die Amtshilfe abzuheben. Für die geleisteten Dienste verspricht der Schatzsucher dem Briefempfänger den dritten Teil des erwähnten Vermögens. Im Falle des Einverstandes soll der Adressat dies unter der Adresse „Federico Matias Vista Correa 688, Gironella“ telefonisch bestätigen und dann weitere Anweisungen zu der Spanienreise abwarten. Ein Empfänger eines solchen Briefes, der das erbetene Telegramm abstand, erhält kurz darauf zwei bis ins kleinste ausgearbeitete Reiseführer und zwei offiziell gesetzte Urkunden, die die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen beweisen sollen. Aus der Tatfrage, daß die Briefe verbreitähig sind, ist auf Massenverbrechung zu schließen.

* Blochwitz. Am vergangenen Sonntag feierte die Blochwitz-Schule ihr 180-jähriges Bestehen durch ein Schulfest. Ein schön ausgestalteter Festsaal sog nach der Festwiese in Grumbkow. Sehr zahlreich waren Gäste und Büchne erschienen. Die Kinder erfreuten sich an allerlei Belustigungen und Spielen. Ein Kampftag mit anschließender Schulbelebung beendete den feierlichen Tag.

* Dresden. Jugend und Kriegserziehung. In Anwesenheit von Vertretern des Volksbildungsministeriums, des Rates an Dresden, der Technischen Hochschule Dresden und der Sächs. Blauhöfendorfsgesellschaft fanden am Dienstag mittag auf dem Blauhöfendorf-Pfeiler Vorlesungen der Akademischen Kriegsgruppe Dresden vor etwa 8000 Schülern und Schülern der Dresdner höheren Lehranstalten statt. Die Veranstaltung botte den Zweck, der Jugend den Ge-

Der letzte Manövertag.

Als sich am Montagabend die Dunkelheit auf die Erde senkte, ging für die IV. Division ein langer, mühseliger Manövertag zu Ende. Den ganzen Tag waren die Soldaten unterwegs gewesen, war es über Hügel, Wälder, Wiesen und Wege gegangen. Aber auch jetzt, als die ungezählten Tausende von Manövergästen, die den ganzen langen Tag jede Bewegung der Truppe begleitet hatten, zu Fuß zu Rad oder im Wagen nach Hause zum warmen Bett zogen, war für sie noch keine Ruhe, denn die Truppen hatten während der Nacht in ihren Stellungen kriegsmäßig zu ruhen. Und überall sah man in der Dunkelheit den Spaten in Aktion, um ein Loch zu graben, in dem sein Besitzer für die Nacht ein bisschen Deckung und Schutz finden konnte.

Inzwischen ging bei den Stäben die Arbeit weiter. Die neue Lage für den nächsten, liegen Tag wurde bekanntgegeben. Sie hatte sich für Blau insofern geändert, als das III. Armeekorps, dessen Anmarsch der Artillerie-Führer IV decken sollte, näher herangekommen war. Der Art.-Führer erhält den Befehl, am 13. September den Muldeübergang bei Döbeln, das die V. Division am Dienstagabend erreichen wird, offen zu halten. Für Rot (IV. Division) lautete der Befehl dagegen, am Dienstag den Angriff westlich des Striegisabschnittes fortzusetzen, den Feind über die Mulde zu werfen und im Raum Döbeln-Röhrsdorf die linke Flanke seiner Armee zu decken. Die Division besteht wieder aus den Infanterie-Regimenten 10 und 11, zwei Abteilungen des Art.-Regts. 4, einigen Spezialtruppen und diesmal auch aus einer vorgetäuschten Kampfwagengruppe, die am Montag für Rot gefälscht hatte. Die rote Hauptarmee, die in ihrer linken Flanke starke Kräfte herankommen sieht und Rossen bereits an blaue (angenommene) Truppen verloren hat, stellte die Angriffe nördlich von Freiberg ein und nahm ihre dortigen Truppen auf das westliche Muldeufer zurück, um Kleinvoigtsberg zu verteidigen. Der Vorstoß der IV. Division soll ihr die dringend notwendige Entlastung bringen.

Die Gefechtstätigkeit begann am Dienstag bereits gegen 4 Uhr früh bei trübem, regnerischem und windigem Wetter. Rot stieß aus den am Montag erreichten Stellungen überall in nördlicher Richtung vor, fand aber zunächst keinen Gegner, so Blau seine Truppen mit ihren vorderen Positionen in die Linie östlich Kriebethal-Reichenbach-Grünes Haus zurückgezogen hatte. Die Hauptwiderstandslinie von Blau befand sich in Höhe Meinsberg-Rudelsdorf-Littendorf. Rot gelang es, sich in interessanten, wechselvollen Gefechten zunächst auf Massenei, östlich Waldheim, vorzuschließen, worauf Blau, um seinen linken Flügel nicht der Umgehung auszusetzen, diesen bis in Höhe Oyeldorf-Littendorf zurückzunehmen musste. Gegen diese Stellung entwickelte Rot dann einen starken Angriff, der ihm auch weiteren Geländegewinn einbrachte. Gegen 11 Uhr vormittags hatte sich Rot bis an die Hauptstellung von Blau herangearbeitet. In dieser Lage brach der Leiter der Übung, General der Infanterie von Hass, gegen 11 Uhr vormittag die Manöver ab.

Über 100 000 Schlachtenbummler

Den Truppen wurde eine Stunde Pause gewährt, während der sie sich für den Vorbeimarsch vor dem Oberbefehlshaber in der Gegend von Hohenwitz bereit machten. Zu diesem Paradefeld sah ein ungeheureuer Zustrom aller der Zehn-

Tausenden von Manöverbummler ein. Gegen 1 Uhr umjärmten weit über 100 000 Menschen den weiten Platz. Kurz nach 2 Uhr waren alle an dem Manöver beteiligten Truppen, das heißt, die gesamte IV. Division, zum Vorbeimarsch angetreten.

Der Vorbeimarsch begann um 2.15 Uhr und dauerte bis gegen 3 Uhr. In Bataillonskolonnen, die Kompanien in Linien zu drei Gliedern, zog die Infanterie im strammen Schritt unter den Klängen ihrer Paradesämpchen an dem Oberbefehlshaber vorbei. Den drei Infanterieregimentern folgte das Reiterregiment 13 im Trab. Als letzte geschlossene Formationen schloß sich das Art.-Regt. 4 an. Das schöne militärische Bild, das allerdings mit den Paraden der Kriegszeit außer der straffen Haltung wenig gemein hatte, fand den lebhaften Beifall der Zuschauer. Dem Vorbeimarsch wohnten außer zahlreichen Generälen und Offizieren der alten Armee eine große Anzahl weiterer Ehrengäste, darunter Ministerpräsident Schick, Ministerialdirektor Dr. Scheffler, Oberbürgermeister Dr. Kühl usw. bei.

Nach dem Vorbeimarsch begaben sich die Truppen in ihre Quartiere, von wo sie teils zu Fuß, teils mit der Bahn den Rückmarsch in ihre Garnisonen antreten werden. Die Manöver der IV. Division waren beendet.

Die Gesundheitspflege im Arbeitslager.

* Dresden. Wie bereits berichtet, hat der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst an die obersten Landesmedizinischen Behörden die Weisung gegeben, Fürsorgemaßnahmen für die Gesundheit der Arbeitswilligen zu treffen. Der kommissarische Vertreter des preußischen Ministers für Volkswirtschaft hat die Anregung an die Oberpräsidenten weitergeleitet und angeordnet, daß der Kreisarzt die Kontrolle über die gesundheitlichen Zustände der Arbeitslager in seinem Bezirk vornehme. In Sachsen verfährt man ähnlich. Die Gesundheitspolizeibehörden haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dem Ausbruch und der Verbreitung ansteckender Krankheiten in Arbeitslagern vorgebeugt wird. Die Gesundheitspolizei zieht Überwachung durch die Bezirksärzte erstreckt sich vor allem auf die Einrichtung der Arbeitslager und auf die Zeit des Betriebs, während eine ärztliche Untersuchung jedes Arbeitswilligen, der in ein Arbeitslager eintritt, vor seiner Einstellung vom Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst nicht für nötig gehalten wird. Da die Arbeitslager im allgemeinen nicht für lange Dauer eingerichtet sind, genügen im Regelfalle Behelfsmaßnahmen, die sich auf die Beschaffung von Wasser und Nahrungsmitteln und die ordnungsmäßige Bereitstellung der Abwasser und Abfalltoile erstreben. Vor allem soll das Trinkwasser vor der Gefahr der Verunreinigung peinlich bewahrt werden. Die Unterkünfte müssen soviel möglich einfach, aber ordentlich und sauber gehalten sein. In Krankenhäusern soll eine sofortige Verbindung mit den nächsten Krankenhäusern oder wenigstens der nächsten Samaritervereinigungen möglich sein. Unter allen Umständen muss die Leistung des Lagers über einen Verbandskassen im Lager selbst verfügen, ebenso über einige wichtige Medikamente. Den Bezirksärzten wird zur Pflicht gemacht, die zuständigen Behörden mit Rat und Tat zu unterstützen, die Lager wenigstens einmal im Monat zu besuchen, sich über den allgemeinen Gesundheitszustand der Arbeitswilligen zu unterrichten, Art, Zustand und Zuberei-

tung der gesuchten Nahrungsmittel zu prüfen, die Prüfung der Wasseranlagen vorzunehmen, wie überhaupt die Gesundheitspflege im Lager zu überwachen und notfalls Verbesserungen zu erwirken.

Der Kanal Leipzig-Torgau-Berlin.

Der als Sachbearbeiter der Landesplanung für das westfälische Braunkohlerevier bekannte Oberregierungsbaurat Dr. ing. Macdonald-Leipzig hat jetzt unter dem Titel „Der Kanal Leipzig-Torgau-Berlin“ eine Denkschrift ausgearbeitet, die für die Vermittlung dieses Projektes wirkt. Die Denkschrift lebt sich nachdrücklich für die Errichtung einer in Verlängerung des Mittellandkanals vom Rhein über die Elbe bis zur Oder führenden Wasserstraße ein, wodurch die drei bedeutendsten Industriegebiete Deutschlands — Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland und Schlesien — miteinander verbunden werden. Die bereits im Jahre 1818 aufgestellte Planung für das Werkstück dieser Wasserstraße, den Kanal Leipzig-Torgau, und dessen Fortsetzung bis Berlin, wird in technischer Beziehung eingehend erörtert. In einer verkehrswirtschaftlichen Untersuchung am Schluss der Schrift wird ausgeführt, daß der zu erwartende Verkehr auf der geplanten Wasserstraße 2.2 Millionen Tonnen im Jahre erreichen werde, wodurch die mitteldeutsche Wirtschaft allein an Transportkosten jährlich 10 Millionen Mark ersparen würde. Bei einer Einnahme von jährlich 3.6 Millionen Mark, von denen mindestens 1 Million für die Unterhaltung und den Betrieb notwendig sind, würde sich das zur Herstellung des Kanals notwendige Baukapital von rund 117 Millionen Mark mit 2.2 Prozent verzinsen. Der Kanalverein Berlin-Leipzig hat die Denkschrift der Reichsregierung mit der Bitte um Unterstützung unterschrieben.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 15. September.

Berlin—Stettin—Magdeburg
15.20: Gefieder Rabeleiter. — 15.40: Das Dorf in der Großstadt. — 16.05: Mit Renntier und Schützen durch die normannische Lappmark. — 16.30: Lieder. — 16.45: Ländle für Violine und Klavier. — 17.30: Jugendstunde. Schachkluge im Maer. — 17.50: Studentenfürsorge. — 18.10: Goldfunde und Weltkonjunktur. — 18.30: Dein Wald, von Paul Tipper. — 18.55: Die Funkunde teilt mit. . . — 19.00: Stimme zum Tag. — 19.10: Chorgesänge. — 19.30: Spiel mit Worten und Noten. — 20.30: Sinfoniekonzert. — 22.00: Zeitansage ulm. — Danach bis 24.00: Tanzmusik. — Anschließend bis 1.00: W. A. Mozart: „Figaro Hochzeit“, 3. und 4. Akt.

Königswusterhausen.

10.10: Schulfunken: Unter Freunden der Vogel. — 15.00: Muffinlische Kinderstunde. — 15.30: Wetter- und Wölfchenberichte. — 15.45: Die Frau und ihre verschiedenen Lebensalter. — 16.00: Gegen die Resignation auf pädagogischem Gebiet. — 16.30: Konzert. — 17.30: Sprache und Volkstum. — 18.00: Entwicklungslinien der zeitgenössischen Klaviermusik. — 18.30: Spanisch für Fortgeschritten. — 18.55: Wetterbericht. — 19.00: Das Heidekraut in seiner Bedeutung für Boden und Wald. — 19.25: Wegweiser durch die Zeit. — 19.40: Heildienst. — 20.00: „Herr Doktor, darf ich heiraten?“ Lehrspiel. — 20.30: Berliner Programm.

Capitol Riesa

Ein toller Einfall

Ab heute Mittwoch bis Sonntag der Liebling aller, Willy Fritsch in

Überstrahl von lachender St. Moritz-Sonne, erfüllt vom Lachen der Jugend u. gewürzt mit dem goldenen Humor

beliebter Komiker, präsentiert sich dieses „fritsch-fröhliche“ als eine der vergnüglichsten seiner Art

Amtliches

Freibank Bahra.

Freitag mittag 1 Uhr Rindsfleisch, Wür. 35 Pf.

Unsere Sonderveranstaltung

10 Prozent Preisermäßigung und extra Rabattmarken

dauert noch

bis Montag, den 19. September abds.

Wäsche-Hähnel's

Schulstraße 5.

Loch im Strumpf

Damenstrümpfe und Herrensocken, deren Sohlen verbraucht und nicht abzuwickeln sind, werden mit der haltbaren Strumpflängenverstärkung (D.R.G.M.) und mit den haltbaren Qualitätssohlen in passenden Farben angeführt nur durch

Helene Rudorf

Puh., Welt- u. Wollwaren

Ecke Haupt- und Schulstr.

Vereinsnachrichten

Aldeutscher Verband

Nächsten Freitag, 16. Sept., 8 Uhr „Deutsches Haus“ Mitgliederverslg. 1. Vortrag „Die Kirche und die deutsche Arbeiterchaft“ (H. Warmer Beck). 2. Umlauf. 3. Abst. Besuch von Damen und Herren erb. Gäste bergl. willkommen. Rüderverein Riesa e. V. Morgen Donnerstag abds. 8 Uhr Monatsversammlung im Bootshaus.

Christl. Elternverein Riesa. Freitag, 16. 9., 8 Uhr Vortr. im Jugendheim Hohe Straße. Vortrag von Frau Oberl. Kantutsch, Dresden. Wünsch. Erich. aller Mitgl. zu diesem wicht. Vortrag wird erb.

KYFFHAUSERTECHNIKUM

FÜR INDUSTRIE-UND VERKEHRSMÄISTER

BAD FRANKENHAUSEN

EIN FACHSCHULE WURZELN

2 leere Zimmer frei.

Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Ein Bursche

von 15—17 Jahren für Landwirtschaft gefügt

Nr. 19 in Bahren.

Kammerjäger Röder

kommt nach hier u. umgegend, um Rotten, Mäuse, Schwaben, Wanzen und Ameisen rektlos unter Garantie zu vertilgen. Bestellungen sende man sofort. „Röder“ a. d. Tagebl. Riesa.

Hausgrundstück

m. Einf., Hof, Nebengeb. in Riesa-Neuweida, Lange Str. 5, für ca. 25.000 Mr. verkauf. besser Bauanstand. Röd. durch den Befürer Bruno Schmidt, Dresden, Birkusstraße 26.

Ladeneinrichtung

gebr. für Lebensmittelgeschäft zu kaufen geacht. Angebote mit Preis unter 2.000 a. d. Tagebl. Riesa.

300er

DKW-Motorrad

kompl. billig zu verkauf.

Karl Wirth Jr., Rüdersdorf.

1 fast neuer Fahndrillling

zu verkaufen. Zu erkragen im Tageblatt Riesa.

Unterhalt. II. Rüdersdorf

zur verkaufen

Kommunischer Str. 1, 1.

Saatroggen

1. Absatz von „Original Jägers Niedersächsischem Champagner“ gibt ab Richtig. Poppitz.

Mit Erlaubnis des Einsenders

Man riet mir Wiesbaden. Da ich ohnehin durch Aussagen meiner Rollen einen guten Eindruck vom Dampfbad erhielt entschloß ich mich, nur ausschließlich eine Badestube im biefligen Dampfbad zu machen. Und siehe da. Der Erfolg war überraschend. Gesundheit erlangt, Nerven gestärkt, das Geld jedoch blieb mir erb. Warum denn in die Ferne schwitzen, denn das gute liegt so nah.

Dauerexistenz

mit gutem Einkommen schaffen sich rübrige, solide Herren durch systematische Werbetätigkeit für unser großes Unternehmen. Anschr. unter U 545 an Alaa-Haasestein & Vogler, Dresden.

Nachruf.

Unseren so plötzlich von uns geschiedenen

Herrn Bürgermeister Paul Mierse

rufen wir für seine 9jährige Amtszeit ein „Ruhe sanft“ und „Habe Dank“ nach.

Die Gemeindevertreteten zu Radewitz.

Besten Erfolg haben

Anzeigen

im Riesaer Tageblatt

Hotel z. Casino Zelth.-Lager.

Morgen flotter Dielentanz

Prima Mus.

Gasthof Jahnshausen

Mora. Donnerstag

Schlachtfest.

Von 18.00 Uhr an

Wurst, später die üblichen Schlachterichte.

Ergebnis laden ein

G. Scheller und Frau.

Für die liebesvolle Aufnahme durch Wort,

Schrift, den herrlichen

Blumenstrauß und das

lechte Geleit beim Heim-

gangs unserer lieben Ent-
schlafenen sagen wir hier-

durch allen

herzlichsten Dank.

Besonderen Dank den

Baudebühnern für die

Spende und leiste Ehrung.

Riesa, Hauptstr. 49,

am 14. Sept. 1932.

Ernstine vert. Walther

Siebz Nachkriegsreichstage stehen dahin...

Die deutschen Parlamente seit 1918 leben nicht lange.

Angesichts der Kurzlebigkeit des Juli-Reichstags kann man sich in Gedanken über die Vergänglichkeit parlamentarischer Körperschaften einsinnen. Nur noch ein Nachkriegsreichstag kann sich an Kurzlebigkeit mit dem Juli-Reichstag vergleichen: der zweite Nachkriegsreichstag, der am 4. Mai 1924 gewählt und am 30. August des gleichen Jahres wieder aufgelöst wurde. Die anderen Nachkriegsreichstage brachten es auf ein etwas längeres Leben. Aber nicht ein einziger von den sechs deutschen Nachkriegsreichstagen hat die vierjährige Legislaturperiode voll ausdrücken können. Sie starben alle vorzeitig. Die rote Masse des Reichskanzlers mit dem Auflösungsbefehl des Reichspräsidenten ist beinahe ein Sinnbild des deutschen Parlamentarismus geworden.

Vergleichnismäßig lange hielt sich der am 8. Juni 1920 gewählte Nachkriegsreichstag. Wenige Wochen vor Ablösung der Legislaturperiode — am 18. März 1924 — kam es zu einem Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung über die damals erlassenen Notverordnungen. Die Regierung löste das Parlament vorzeitig auf. Über den zweiten Nachkriegsreichstag haben wir bereits gesprochen. In seine Legislaturperiode fällt die berühmte Todesabstimmung. Am 7. Dezember 1924 trat dann der dritte Nachkriegsreichstag ins Leben. Auch er fand ein vorzeitiges Ende. Am 31. März 1928 — also wieder einige Wochen vor Ablösung der Legislaturperiode — musste Reichspräsident von Hindenburg unter Verletzung auf Artikel 25 der Reichsverfassung das Parlament auflösen.

Der vierte am 20. Mai 1928 gewählte Reichstag ist jenes Parlament, das am 18. Juli 1930 dem Reichskanzler Brüning die Zustimmung zu seinen Notverordnungen verweigerte. Brüning, der sich als erster Staatsmann der Nachkriegszeit zu einer autoritären Staatsführung bekannte, zog das Auflösungsbefehl des Reichspräsidenten hervor. Auch der fünfte Nachkriegsreichstag — gewählt an jenem 14. September 1930 — fand ein ziemlich unruhiges Ende. Brüning verlor zwar 1½ Jahre mit diesem störrischen Parlament zusammen zu arbeiten. Immer lauter forderten aber schließlich die Nationalsozialisten die Reichsauflösung. Erst Brünings Nachfolger, Herr von Papen, gab am 7. Juni 1932 den Wünschen Hitlers nach und löste das Parlament auf, weil es „nicht mehr der Volkskommunion entsprach“. Der sechste Nachkriegsreichstag wurde am 31. Juli 1932 gewählt. Da er am 12. September bereits wieder aufgelöst wurde, stellte er einen neuen Rekord an parlamentarischer Kurzlebigkeit auf.

Das Spiel mit den Reichstagsauflösungen verschuldet mit den Niedergang des parlamentarischen Gedankens in Deutschland. Immer mehr schaltete sich das Parlament selbst aus. Am Ende dieser Entwicklung stand jene „unabhängige Staatsführung“, für die sich jetzt das Präsidialwahlrecht unter von Papen einglete.

Aufruf Hugenberg's.

W Berlin. Dr. Hugenberg hat im Namen der Deutschen Nationalen Volkspartei einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Der fünfte Wahlkampf dieses Jahres scheint bevorzugehen. Die Deutschen Nationalen Volkspartei ist für diesen Kampf bereit. Nicht persönlicher Ehregeiz, nicht Partegeist, nicht alte Gegenseite dürfen in dieser Stunde das nationale Deutschland leiten, sondern nur der Blick auf unsere heilige Sache, auf das in allen Wehrschulen eifern festgehaltene Ziel. Wir rufen alle nationalen Deutschen in Stadt und Land, die mit uns für die Befreiung von den Fesseln von Versailles, für Wehrfreiheit, für Brot und Arbeit, für christlich-deutsche Kultur und für die Zukunft unserer Kinder kämpfen. Ihnen allen sind unsere Tore weit geöffnet.

Wir wenden uns auch an unsere alten Bundesgenossen innerhalb der NSDAP. Den Voumplan haben wir zusammen leidenschaftlich bekämpft. Gegen die Schwarzen und gegen die Roten ging es. Gegen das Ensem Brüning haben wir Schwere ausgetauscht. Wir blieben uns treu. Es ist eine unabreißliche Verirrung, wenn die Nationalsozialistische Fraktion nicht nur die Hilfe des Zentrums, sondern sogar der Sozialdemokraten und Kommunisten und die Waffen des Parlamentarismus gegen das heutige Kabinett in Anspruch nimmt. Zu den Waffen, mit denen die Nationalsozialisten diesen blinden und wunderlichen Kampf führen, gehören viele alte marxistische Schlagworte, darunter das Wort „Reaktion“.

In Reaktion die Reinigung des preußischen Staates? Ist Kampf für Wehrfreiheit Reaktion? Ist Arbeitsbeschaffung Reaktion?

Reaktion ist heute die Herrschaft der Parteien und der Bonsen. Solange das System von Weimar besteht, müssen wir Partei sein. Aber in dem Maße, in dem das Morgenrot eines organischen Volkstaates aufsteigt, müssen wir uns als das, was wir im tiefsten Grunde sind, nämlich als die Träger der stolzen Volksgemeinschaft. Dem jetzt kommenden Wahlkampf führen wir nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates. Und der neue Staat ist die heimliche Sehnsucht von Millionen, die heute noch in der Knechtlichkeit der Parteien gebunden sind.

Auch Auswärtiger Ausschuss ohne Regierung.

W Berlin. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages, der unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fried (Nat. Soz.) gestern um 8 Uhr zusammenrat, tagte ebenfalls unter starker Teilnahme der Ausschussmitglieder aller Parteien und der Vertreter des Reichskanzlers. Mitglieder der Reichsregierung waren auch zu dieser Sitzung nicht erschienen. Volksstaatler Radolin, der deutsche Vertreter auf der Abrüstungsconferenz, war vor Beginn der Sitzung mit einigen Ministerialbeamten anwesend, zog sich aber nach einem telefonischen Anruf im Auswärtigen Amt wieder aus dem Reichstagsgebäude zurück.

Auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung stand die Besprechung des Lautenauer Abkommen und der Abrüstungsfrage. Gleich zu Beginn der Verhandlungen entspann sich eine Aussprache über die Forderung auf Herbeiführung von Mitgliedern der Reichsregierung. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen verließen die deutschnationalen Ausschussmitglieder die Sitzung. Der Ausschuss beschloss die Herbeiführung des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers und des Reichswehrministers, um ihren verfassungsmäßigen Pflichten zu genügen. Nach kurzer Pause machte der Vorstehende dem Ausschuss davon Mitteilung, dass die Bemühungen, die er sowohl schriftlich als auch durch telefonische Rücksprachen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister unternommen habe, zu keinem Erfolg geführt hätten.

Nach langerer Aussprache nahm der Ausschuss folgenden Auftrag des Abg. Dr. Bell (Zentrum) einstimmig an (die Deutschen Nationalen waren nicht anwesend): „Der Auswärtige Ausschuss hat auf Grund des Artikels 23 der Reichsverfassung die Zugelassung des Herrn Reichskanzlers, des

Die Reichsregierung über die staatsrechtliche Lage.

Eine amtliche Erklärung

Der Reichspräsident hat in der Sitzung des Reichstags vom 12. September unter Nichtachtung der Vorschriften der Verfassung und der Geschäftsordnung die Verlesung der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen Auflösungsverordnung verhindert. Er hat heute dem Reichstag mitgeteilt, dass nach seiner Auffassung die Auflösung des Reichstages erst nach der Abstimmung wirksam geworden sei. Ebenso hat der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Rechts Gültigkeit der Abstimmung des Reichstages behauptet. Diese Auffassung erkennen der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung nicht an. Darüber, an welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages erfolgt, entscheidet lediglich der Herr Reichspräsident. Die Auflösung kann entweder durch Verlesung der Verordnung vor dem Reichstag oder durch ihre Zustellung an den Reichstagspräsidenten erfolgen. Mit dem Augenblick dieser Zustellung wird die Auflösung wirksam. Sie kann in ihrer Wirksamkeit nicht vom Belieben des Reichstagspräsidenten abhängig gemacht werden.

Die Reichsregierung hat sich bereiterklärt, mit den nach Artikel 35 der Verfassung bestimmten Ausschüssen zu verhandeln. Sie muss aber, bevor sie in diese Verhandlungen eintritt, völlige Klarheit darüber haben, dass die noch vorhandenen Organe des Reichstages der letzten Wahlperiode, das sind das Reichstagspräsidium und die beiden nach Artikel 35 der Reichsverfassung bestimmten Ausschüsse, die von dem Herrn Reichspräsidenten vor den Abstimmungen beschlossene Auflösung des Reichstages und die darüber hinaus für die Reichsregierung sich ergebende staatsrechtliche Stellung anerkennen. Ohne diese Anerkennung ist die Einladung an die Reichsregierung vor dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sowie vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, auch in sich widersprüchsvoll.

Wäre der Beschluss des Reichstages rechtmässig, welcher der Regierung das Vertrauen entzieht, so wäre diese nur noch zu einer einzigen Amtshandlung verfassungsmäßig berechtigt, nämlich zu ihrer Demission. Sache des Herrn Reichspräsidenten wäre es dann, sie mit der Weiterführung der Geschäfte zu trauen. Solange dies nicht erfolgt wäre, könnte die Reichsregierung keine Amtshandlungen irgendwelcher Art vornehmen. Sie könnte also die Politik des Reiches vor den genannten Ausschüssen nicht vertreten. So lange der Reichstagspräsident und die Ausschüsse auf dem Standpunkt stehen, dass die Reichsregierung rechtmässig auseinander steht.

Herr Reichsaußenminister und des Herrn Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lautenauer Abkommen und die Abrüstungsfrage, die erforderlichen Ausschüsse zu erhalten. Die Regierung der Reichsregierung, diesem Erluchen zu folgen, bedenkt einen Verfassungsbruch, gegen den sowohl aus Rechtsgründen wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik schärfe Verwahrung eingelegt wird.

Der Ausschuss beschloss dann noch, dass die Anerkennung der nächsten Sitzung in das Gewissen des Vorstehenden gestellt werde, das aber der Vorstehende verpflichtet sein soll, die Sitzung sofort einzuberufen, falls mindestens zwei Fraktionen dies verlangen.

Deutschnational und Auswärtiger Ausschuss.

W Berlin. Zu der Sitzung der Deutschen Nationalen im Auswärtigen Ausschuss wird von deutschnationaler Seite mitgeteilt, dass sich die Reichstagsmehrheit auf dem Standpunkt halte, dass Misstrauensvotum sei rechtmässig. In diesem Falle sei die Reichsregierung verpflichtet, zurückzutreten, und werde er durch einen Antrag des Reichspräsidenten wieder berechtigt, die Geschäfte zu führen und mit dem Reichstag zu verhandeln. Weder sei der Rücktritt erfolgt, noch ein solcher Antrag erstellt. Folglich könne sich die Reichstagsmehrheit auf dem Standpunkt stellen, dass eine ordnungsmäßige Reichsregierung gegenwärtig überhaupt nicht vorhanden sei. Es würde somit eine Verleugnung ihres eigenen Standpunktes bedeuten, wenn sie die Herren von Papen und v. Neurath zur Teilnahme an den Ausschusssitzungen laden würde. Im Gegensatz hierzu halte die Reichsregierung das Misstrauensvotum für rechtmässig und betrachte sich als vollberechtigte Reichsregierung. Demgemäß müsse sie verlangen, als solche behandelt und auch als solche geladen zu werden. Sie könne deshalb einer Einladung nicht folgen, die an eine nicht vorhandene, gefürzte Regierung gerichtet werde. Die Deutschen Nationalen hatten den Ausschuss verlassen, weil der Streit zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit sub judice sei.

Hilfer vor seinen Untergütern.

W Berlin. Am Dienstag stand am Dienstag mittag eine nationalsozialistische Führertagung statt, an der neben dem Reichsaußenminister Göring auch die nationalsozialistischen Ministerpräsidenten mehrerer deutscher Länder und die Reichstagsfraktion teilnahmen. Nachdem die Abg. Dr. Fried und Göring über die Vorgänge im Reichstag berichtet hatten, gab Adolf Hitler selbst die Richtlinie für die neue Phase des Kampfes bekannt, in der die nationalsozialistische Bewegung eingetreten sei.

In einer Veröffentlichung der Nationalsozialistischen Korrespondenz wird das Ergebnis der Führertagung dahin zusammengefasst: Den sozialen Freiheitskampf, der mit der nationalen Freiheit untrennbar verbunden sei, habe die NSDAP aufgenommen und sich an die Spitze des Volkes gestellt. Sie führt diesen Kampf nicht um des Parlaments und um materieller Vorteile willen, sondern für das Volk. Die Regierung v. Papen, die sich auf nur 42 Stimmen auf ein Fünftel der Vertretung des deutschen Volkes stütze, aber trotzdem, wie sie behauptete, noch vom Vertreter des Reichspräsidenten im Amt gehalten werde, habe es in der Hand, auf welcher Ebene sie diesen Kampf führen wolle. Auf Seiten der nationalsozialistischen Bewegung werde in diesem Kampf nicht nur das Volk, sondern auch das Recht sein. Jede Unterdrückung des legalen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werde zur Waffe, die sich gegen die Unterdrücker selbst richtet.

Das Zentrum gegen die Regierung v. Papen.

W Berlin. Die Zentrumsfaktion des Reichstages hielt gestern nachmittag wieder eine längere Sitzung ab, in der sie nochmals die ganzen Vorgänge durchsprach, insbesondere die Vorgänge im Überwachungs- und im Auswärtigen Ausschuss. Die Fraktion nahm zum Schluss folgenden Antrag einstimmig an:

können sie unmöglich verlangen, dass diese selbe Regierung vor den Ausschüssen erscheint. Auch aus diesem Grunde muss die Reichsregierung darauf bestehen, dass der Reichspräsident und die Ausschüsse ausdrücklich zugeben, dass die am 12. September im Reichstag durchgeführten Abstimmungen nichtig sind. Dieses Eingeständnis ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, dass die Reichsregierung Vertreter in die beiden Ausschüsse entsendet.

Wenn der im Ersten Ausschuss angenommene Antrag Wegmann die Auflösung des Reichstages beanstandet, weil es an einem konkreten Anlass zur Auflösung fehle, wie er angeblich im Artikel 25 der Reichsverfassung gefordert werde, so ist darauf zu erwarten, dass Artikel 25, Absatz 1, die Auflösung völlig in das freie Ermessen des Herrn Reichspräsidenten stellt. Das geht unweigerlich aus seinem Wortlaut hervor, in dem keinerlei Vorschrift über den Charakter des Anlasses zur Auflösung gegeben wird. Sinngemäß muss es auch dem Herrn Reichspräsidenten unbenommen sein, zur Vorbeugung drohender Gefahr den Reichstag aufzulösen.

Ebenso unbegründet ist die weitere Behauptung im Antrag Wegmann, dass die Auflösung gegen Artikel 48, Absatz 3, Satz 2, verstoße. Es ist selbstverständlich, dass der Reichspräsident befugt ist, den Reichstag an der konkreten Ausübung eines ihm im allgemeinen zustehenden Rechtes durch Auflösung zu hindern, wenn diese Ausübung zu einer Beeinträchtigung des Wohles des deutschen Volkes zu führen droht. Die Entscheidung, ob das der Fall ist, steht allein im Ermessen des Reichspräsidenten.

Im übrigen kann daran erinnert werden, dass der erste Reichstag der Deutschen Republik am 13. März 1924 durch den Reichspräsidenten Ebert mit folgender Begründung aufgelöst wurde: „Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, dass ihr Verlangen, die auf Grund der Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zur Zeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages findet, lös ich auf Grund des § 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“ Der Tagessand war genau der gleiche wie am 12. September 1932. Auch damals handelte es sich darum, dass die Gefahr bestand, dass der Reichstag von seinem Recht zur Aushebung von Verordnungen Gebrauch mache. Ebenso wenig wie am 12. September 1932 hatte damals vor der Auflösung eine Abstimmung stattgefunden. Die Auflösung wurde widersprüchlich anerkannt.“

Der Auswärtige Ausschuss möge beachten: Der Auswärtige Ausschuss hat auf Grund des Artikels 23 der Reichsverfassung die Zustellung des Herrn Reichskanzlers, des Herrn Reichsaußenministers und des Herrn Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lautenauer Abkommen und die Abrüstungsfrage, die erforderlichen Ausschüsse zu erhalten. Die Regierung der Reichsregierung, diesem Erluchen zu folgen, bedenkt einen Verfassungsbruch, gegen den sowohl aus rechtlichen Gründen wie auch aus zwingenden Gründen der Außenpolitik schärfe Verwahrung eingelegt wird.“

Politische Aussprache bei den Sozialdemokraten.

W Berlin. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag in einer Aussprache, die den ganzen Tag in Anspruch nahm, die Probleme erörtert, die durch die Reichstagsauflösung aufgeworfen worden sind. Zugleich wurden die Aufgaben besprochen, die die bevorstehende Wahlbewegung der Partei stellt. Der Kampf soll, wie es in der Mitteilung der Fraktion heißt, nicht nur um die Erhaltung der demokratischen Freiheiten geführt werden, sondern darüber hinaus der Auftritt der Volksmassen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen dienen. An diesem Zweck habe die Fraktion auch bereits das Volksbegehren auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung eingeleitet. Die Fraktion protestierte aufs schärfste gegen die politische Haushaltung in den Räumen des Reichstages in der Nacht zum 12. September, die einen Verstoß gegen die Verfassung darstellte. Die Fraktionsberatungen werden heute Mittwoch fortgesetzt.

Eine italienische Stimme für Deutschlands volle Gleichberechtigung.

M Rom. In einem Leitartikel sieht sich Tonere für die Notwendigkeit ein, dass Deutschland seine Gleichberechtigung auf allen Gebieten zurückhält. Die juristische und politische Autorität, in der Deutschland durch den hartenkämpfenden und kalten imperialistischen Willen Frankreichs belassen werde, sei nicht nur absurd, sondern geradezu standlos. Die schwere Notlage Europas sei im Grunde nur die Folge dieser abhörenden Lage eines großen Volkes, das durch einen unverantwortlichen und blinden Imperialismus in dieser Zwischenlage erhalten werde. Auch die inneren Aermüdigungen deutscher Volkes seien eine Folge des Bleifangs, die diese Nation nach dem Willen derselben mit sich schleppen müsse, die für immer die Geschichte durch einen schlechten Vertrag erleben wollen, obwohl sie die Völker desselben beobachten könnten: Europa in seiner Einheit erschüttert das soziale und wirtschaftliche Leben, verzögert, überall moralische und politische Unordnung. So lange die große politische Einheit Europas Deutschland nicht wieder in absoluter Gleichheit der Rechte und Pflichten in das Leben des Kontinents aufgenommen habe, so lange seine Souveränität und Unabhängigkeit gemindert werde, solange der Völkerbund nicht ein Bündnis Gleichgestellter sei im Zeichen wirklicher Zusammenarbeit von politischer Verklarung betreiten will, solange werde nicht der Tag für ein wieder erstärktes Europa anbrechen. Es sei nötig, dass die Wiedererlangung der Gleichberechtigung für Deutschland eine historische Notwendigkeit bedeutet, die nicht dem üblichen Formalismus, der den Grenzen so teuer sei, unterworfen werden dürfe.

Selbstmord Dr. Heinrich Dehmel.

W Berlin. Der Berliner Arzt Dr. Heinrich Dehmel, ein Sohn des bekannten Dichters, hat sich in seiner Wohnung in der Potsdamer Straße 118c mit Veronal verGiftet. Wie verlautet, sollen wirtschaftliche Schwierigkeiten den durch seine gemeinnützigen Unternehmungen in weiten Kreisen bekanntgewordenen Arzt in den Tod getrieben haben.

Aufruf zu Hindenburgs 85. Geburtstag!

U. Berlin. Am 2. Oktober vollendet der Herr Reichspräsident sein 85. Lebensjahr.

Das ganze deutsche Volk ist von dem Wunsche erfüllt, dem Herrn Reichspräsidenten an diesem Tage seine Verehrung und Dankbarkeit kundzutun.

Zum Festfeiern sind die Zeiten zu ernst und zu schwer. Dem Beispiel, das Hindenburg durch sein Leben und Wirken im opfervollen Dienst für das Vaterland gegeben hat, entspricht es, wenn sich das deutsche Volk mit ihm in vaterländischer Verehrung zur Linderung von Leid und Not zusammenfindet.

Das „Kuratorium des Hindenburgjubiläums“, der Schöpfung des Reichspräsidenten, hat unter dem Motto „Hilf Hindenburg helfen“ sich mit der Bitte an die Öffentlichkeit gewandt, der Stiftung neuzeit Mittel zur Verhüllung zu stellen, als Zeichen der Dankbarkeit für ihren Schöpfer. Damit soll dem Unterstützungsverein die Möglichkeit gegeben werden, auch weiter Rat und Glanz unter den Kriegbeschädigten und ihren Hinterbliebenen zu stützen.

Reichsregierung und Länderregierungen stellen sich hinter diese Bitte.

Zum Hindenburgtag eine Ovation für Hindenburgs Werk vaterländischer Hilfe!

Hilf Hindenburg helfen!

Beiträge zur Hindenburggiving können eingezahlt werden auf das Postkonto Berlin Nr. 73 800 (Berlin NW 40), auf das Reichsbankkonto, auf die Konten bei nachstehenden Bankhäusern und ihren Zweigstellen: Reichsbankgesellschaft A. & C., Deutsche Bank und Düsseldorf-Gesellschaft, Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank, Bankhaus Gebr. Arnhold, Bankhaus Wendelsohn u. Co., ferner bei allen deutschen Postanstalten.

Rücktritt der chilenischen Regierung.

Militärputsch in Chile.

U. Berlin. Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist der Rücktritt der chilenischen Regierung auf eine gegen den Präsidenten Basila gerichtete Militärrevolte zurückzuführen. Die Revolte steht unter Führung des Kommandanten des chilenischen Kavalleriekorps Merino. Das Kavalleriekorps steht geschlossen hinter Merino, der im Namen des Corps in einem Ultimatum an Basila gedroht hat, die Regierungsschäden in Santiago bombardieren zu lassen, wenn Basila nicht bis zum späteren Abend zurückgetreten sei. Der unmittelbare Anlass zu der Revolte ist der Beschluss Basillas, Merino, dessen Haltung schon seit einiger Zeit nicht mehr als loyal gilt, seines Postens zu entheben.

Santiago de Chile. (Kunstspruch.) Nach dem Rücktritt des Präsidenten Basilla hat Oberst Merino seine provisorische Regierung gebildet und den Posten des Präsidenten dem Oberbefehlshaber des Heeres General Blanco übertragen.

Gorguloff hingerichtet.

Paris. (Kunstspruch.) Gorguloff, der Mörder des Präsidenten Doumer, ist heute um 5.52 hingerichtet worden. Er starb, ohne seine Frau noch einmal gesehen zu haben.

Heute früh wurde er vom Vertreter des Staatsanwalts, der von Justizbeamten begleitet war, abwekt. Er schrie in der Zelle des zum Tode Verurteilten. Hier wurde ihm feierlich eröffnet, daß seine Begnadigung abgelehnt worden sei.

Gorguloff wurde dann fürs Schafott hergerichtet. Man schritt ihm den Hemdkragen ab und bereitete ihn auf seinen letzten Gang vor. Auf dem Wege zur Richtstätte sprach Gorguloff viel von seiner Frau und bat seine Besucherin, man möge ihr doch sagen, daß er sie nie beleidigt habe und daß er sie für alles um Vergebung bitte, was er ihr antat. Sie möge das Kind, das sie in einigen Wochen erwarten, gut b. h. in seiner Freiheit aufziehen.

Gorguloff stand noch zwei Minuten Rum, die man ihm anbot, die traditionelle Blaurote lehnte er ab. Dann näherte er den Geistlichen und betete das Schafott. Noch einmal rief er aus: „Ich bitte alle um Vergebung“. Seine letzten Worte waren: „Afrika, Afrika, ob mein Vaterland!“ Zu irgend welchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die Konferenz von Stresa.

U. Stresa. Am Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses wurde gestern nachmittag der von den drei Großmächten vorgelegte Konventionsentwurf durchgelebt, wobei verschiedene Abänderungsanträge gemacht wurden. Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich, daß die im Konventionsentwurf vorgegebene Beitragsleistung im Vordergrund steht. Da dieses Problem ins Finanzgebiet hinüberreicht, ist beschlossen worden, die Frage der Beitragsleistung dem Finanzausschuß zu überweisen. Im Finanzausschuß ist heute die Frage eines Stabilisierungsfonds für die notleidenden Länder erörtert worden, den insbesondere Frankreich und auch Belgien befürworten. England steht nach wie vor dem anamischen Plan negativ gegenüber. Die Verhandlungen werden heute Mittwoch weiter fortgelebt.

Polizei-Untersuchungsausschuß

des Preußischen Landtags.

U. Berlin. In dem Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags, der sich auf nationalsozialistischen Antrag mit dem Vorachen der Berliner Polizei bei dem Aufzug der Marine-Wache zur Skagerrak-Feier beschäftigt, wurde am Dienstag die Jenseitsvernehmung fortgeführt.

Die als Rennen vernommenen Polizei-Offiziere sagten aus, die Anwendung des Gummiknüppels sei notwendig gewesen, weil die Menschenmenge verucht habe, an der Moltkebrücke die zum Schutz der Bahnwache aufgestellte polizeiliche Sperrfette zu durchbrechen. Ein Polizei-Obermeister, der seit an der Skagerrak-Feier teilgenommen hat und an dem fraglichen Tage seine Orden angelegt hatte, bestandete, daß ihm von einem jungen Menschen die Orden abgerissen und auf die Straße geworfen worden seien. Der Täter habe nicht festgestellt werden können. Von den Bürgern wurde das Vorgehen der Polizei als unnötig brutal bezeichnet.

In diesem Sinne brachten sich mehrere Befürworter aus, die im Landesfinanzamt am Lehrter Güterbahnhof tätig sind und sich beim Aufziehen der Marinewache auf die Straße begeben hatten. Der eine dieser Befürworter, die Polizei habe auch flüchtende Nationalsozialisten verfolgt und auf sie eingeschlagen. Polizeimajor Schmerbeck erklärte das für ausgeschlossen. Wenn nachgewiesen würde, daß Beamte in dieser Weise gegen flüchtende Menschen vorgingen seien, dann würde gegen diese Beamten das Disziplinarverfahren wegen Wassermannbrauchs eingeleitet werden. Eine Frau, die nach den Verhandlungen der Befürworter Gummiknüppelschläge über den Kopf erhalten

hatte und beweisen in der Fortsetzung des Landesfinanzamtes mit Umstücken behauptet wurde, bestätigte als Beweis diese Aussagen. Sie sah aber auch aus, daß die Sperrfette erst ausgezogen hätten, als die Menschen von Befürwortern aufgefordert wurde, die Sperrfette zu sprengen.

Als auf Anfrage eines Ausschussteilnehmers der Vorsteher nochmals das Fotografieren im Verhandlungssaal des Ausschusses verbot, fragte der neue Polizeimajor Schmerbeck, ob die photographischen Bilder und Blätter nicht beobachtet werden könnten. Es sei für die Polizei offiziell eine unerwünschte Sache, daß ihre Bilder veröffentlicht werden könnten. Es sei bereits telefonisch aus dem Büro seiner vorseitigen Tischstelle von einem unbekannten angedroht worden, er würde erschossen werden.

Heute Mittwoch soll die Verhandlung fortgesetzt werden.

Die Streitfragen des Rundfunks.

U. Berlin. Reichsrundfunkkommissar Dr. Scholz stellte sich am Dienstag der Presse in seinem neuen Amt vor. Er bedauerte bei dieser Gelegenheit, noch nichts endgültiges über die heftigste Reform des Rundfunks sagen zu können, da alle Vorbereitungen dafür noch im Fluß seien und es sich, wie schon aus den vor Wochen veröffentlichten Richtlinien der Reichsregierung hervorgehe, um eine sehr umfangreiche Reform handele. Dr. Scholz erläuterte jedoch, daß die Öffentlichkeit schon zu Anfang nächsten Wochen über die wichtigsten Fragen unterrichtet werden kann; dazu gehört insbesondere die Organisation der Programmabteilung bei der Reichsrundfunk-Gesellschaft, die Frage, wie die Reichsrundfunk-Gesellschaften künftig nach einem bestimmten Schema aufgebaut werden sollen, ferner die Organisations des Reichsstadions und der Orte, die bisher die einzelnen Sendergesellschaften zentral mit Tagesschriften versorgt. Am Abend berichtete Dr. Scholz, wie er es bereits in seinem Rundfußwortrag getan hatte, daß aus dem deutschen Rundfunk ein bewußt deutscher Rundfunk gemacht werden solle. Er sei sich darüber klar, daß wenn man die Politik ausschließen möchte, eine bestimmte Definition für das Wort Politik schwer zu finden sei. Der Grund ist, keine Parteidoktrin im Rundfunk auszulassen. Sie droht nicht bloß die Wählerwelt vollends auseinanderzutreiben, sondern auch in der eigenen Volksgemeinde wirkliche Einheit unmöglich zu machen. Unsere Tatung werde zu einem kraftvollen Angriff führen, daß uns dennoch eine Einheit verbindet — eine Einheit im Hören, die eben darum aber auch sich auf das einzelne nach unten auswirken mag.

Gegenüber den zahlreichen Angriffen, die gegen den Reichsrundfunkkommissar Dr. Scholz wegen seiner parteipolitischen Haltung in der Öffentlichkeit erhoben worden sind, erklärte Dr. Scholz vor der Presse, er sei seiner Weitaustrahlung nach keiner rechtsgerichteten Partei geneigt und habe daraus auch niemals gegenüber seinen Vorgesetzten einen Hehl gemacht. Er sei auch niemals Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen, sondern habe nur, bevor er Nationalsozialist geworden sei, der Deutschen Nationalen Partei angehört. Einerseits betrifft Dr. Scholz, daß er auf gleichzweigen verlust habe, als Beamter befriedigt zu werden; er verzichtete darauf, solche Funktionen noch genauer zu erörtern. Im übrigen sei für die Parteidoktrin, auch soweit er darauf Einfluß habe, ausschließlich die sachliche und fachliche Eignung des Kandidaten ausschlaggebend. Geradezu ein Unzug sei es, wenn davon geredet werde, daß er selbst bei der Besetzung der Stellen im Rundfunk Mitglieder des Herrenklubs bevorzugt.

U. Berlin. Die durch die Reichsrundfunkauflösung geschaffene Lücke hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anhänger parteipolitischer Rückstufen in seiner Amtsführung zu vermeiden, im Einvernehmen mit der NSDAP, als deren Mitglied auszuscheiden.

Eine englische Stellungnahme zugunsten der deutschen Gleichberechtigungsforderung.

London. Im „Star“ beschäftigt sich Gardiner mit der deutschen Gleichberechtigungsforderung und betont, daß das entwaffnete Deutschland heute einem Friedensangebot gleicht, der von Rückstufen umgeben sei, wie sie durchaus die Geschichte nie gekannt habe. 60 Mill. des fleißigsten und intelligentesten Volkes der Welt könnten nicht auf ewig in ein Gefängnis eingesperrt bleiben. Es war französische Politik, läßt der Artikel fort, die in Deutschland die Diktatur an die Macht brachte, die nun mehr der Welt ihr Ultimatum angestellt hat: Abrechnung — oder wie rütteln auf. Im weiteren greift Gardiner die mageren Erfahrungen der Übungskonferenz an und findet scharfe Worte gegen den englischen Außenminister Sir John Simon und die „schlaue, plakative und auseindringliche“ „Gefangenen“ der englischen Realpolitik. Gardiner empfiehlt, daß Macdonald Frankreich gegenüber in fester Weise erklären sollte, daß England sich für die in Verfaßtes gegebenen Versprechungen einsetzt und daß es den Hoover-Beschluß, nicht bloß wie Simon „interessant“, sondern als das direkteste und praktischste Mittel für die Einlösung dieses Versprechens erachtet.

Gleichheit der Nationen in der Abrüstung.

Ein Artikel Hendersons.

London. Unter der Überschrift „Gleichheit der Nationen in der Abrüstung“ erklärt der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, in der „News Chronicle“, daß die Abrüstungskonferenz nach Wiederauftaakme der Sitzungen endgültig zum Handeln verpflichtet sei, denn sie habe erklärt, daß alle Nationen weitgehende und umfassende Abrüstungsmassnahmen ergreifen müßten. Die Abrüstungskonferenz habe bei ihren Verhandlungen folgende drei festgelegte Grundsätze zu folgen:

1. der Simon-Entscheidung über die qualitative Abrüstung,
2. den von dem amerikanischen Vertreter Gibson unterstützten Vorschlägen und
3. der Notwendigkeit eines Fortschrittes in dem Grundsatz der Rüstungsgleichberechtigung zwischen den Besiegten und den Siegerstaaten.

Falls in diesen Punkten eine Einigung erreicht werden könnte, würden wichtige Abrüstungsmassnahmen sofort folgen. Die Frage der Gleicherhöhung, so erklärt Henderson, sei die wichtigste und schwierigste Frage. Wenn man sie nicht annimmt, daß die besiegten Staaten in einem Zustand der Minderwertigkeit erhalten bleiben sollten, so müßte anerkannt werden, daß jedes harte System einer Rüstungsabschaltung nur dann vollständig sein könne, wenn es auf die Gleicherhöhung der Rechten und Pflichten stütze. Henderson schließt mit einer optimistischen Beurteilung der Aussichten der Abrüstungskonferenz.

Bestätigtes Todesurteil.

Leipzig. Unter Berichtigung der vom Angeklagten eingelagerten Revision bestätigte der Gerichtskreis des Reichsgerichts gegen die vom Schwurgericht Altona am 28. Mai ds. J. gegen den Leitenden Beamten Kappel wegen Wards in Tateinheit mit Einbruchdiebstahl verhängte Todesstrafe. Kappel war bei einem Einbruch in das Grundstück des Kapitäns Haubold in Blankenese von dessen Ehefrau überrascht worden und hatte die Wehrlose mit einem Schuß erwürgt.

3-hundertfeier des Gustav Adolf-Vereins.

An der Kundgebung am Völkerfreundschaftsdenkmal beteiligten sich geschlossen:

Christliche Jugend, Jugendorganisationen des Vereins für das Deutschland im Ausland, Bismarckring, Scharnhorftag, Bündnis, Bund Königin Luise, Frauenarbeitskreis der Militärvereine, Vereinigte Offizierverbände, Deutsche Ehrenunion, Großkonsortium des Leipziger Schlachtfeldes (D.L.), Leipziger Mauselauerbund, Stahlhelm, Wehrwolf, Jugendlicher Orden, Standarte 107 der NSDAP, Leipziger Schützen gesellschaft, Leipziger Schützen gesellschaft.

*

Begrüßung des Landeskirchenbischofs Dr. Ihmels.

Zum Namen unserer Landeskirche entbietet ich der Jubiläumsfeier des Gustav Adolf-Vereins und allen teilnehmenden Gästen herzliche Grüße. Wir freuen uns, daß die bedeutsame Feier auf dem Boden unserer Landeskirche stattfindet, und wir danken von Herzen, daß dem Verein wie unserer Landeskirche aus der Feier rechter Segen erwacht.

Schon daß allein dünkt mich ein rechter Gewinn dieser Tage, daß wir eine Gemeinschaft erleben, die über alle nationalen Grenzen hinaus und allen anderen Unterschieden zum Trost die evangelischen Christen in der Einheit ihres Glaubens verbindet. Wie unsere Kirche mit Bewußtsein der Völkerkirche sein will, so kommt sie das Kirchenvolk zu gemeinsamem Bekennen und gemeinsamem Gelöbnis. Durch unsere Kirche geht es eine schmerzliche Berücksichtigung, daß die Kirche mit Bewußtsein der Völkerkirche kein Volk mehr ist, so kommt sie das Kirchenvolk zu gemeinsamem Bekennen und gemeinsamem Gelöbnis. Durch unsere Kirche geht es eine schmerzliche Berücksichtigung, daß die Kirche mit Bewußtsein der Völkerkirche kein Volk mehr ist, so kommt sie das Kirchenvolk zu gemeinsamem Bekennen und gemeinsamem Gelöbnis. Durch unsere Kirche geht es eine schmerzliche Berücksichtigung, daß die Kirche mit Bewußtsein der Völkerkirche kein Volk mehr ist, so kommt sie das Kirchenvolk zu gemeinsamem Bekennen und gemeinsamem Gelöbnis.

Wird uns aber dazu das Gustav Adolf-Fest gezeigt, so geloben wir umgekehrt der Sache des Gustav Adolf-Vereins und aller Diasporaarbeit neue Treue. Wie der Verein von seiner Entstehung an mit unserer Landeskirche eng verbunden gewesen ist, so will unsere Kirche auch weiterhin ihm dienen und durch ihn den Brüdern und Schwestern draußen. In diesem Sinne rufe ich dem feiernden Verein ein fröhliches, tapferes Vorwärts zu.

Eine Erklärung der Christlich-Sozialen.

U. Berlin. Die Reichstagssitzung des Christlich-Sozialen Volksdienstes veröffentlichte zu den Vorfällen im Reichstag eine Erklärung, in der es heißt, der Volksdienst habe Regierung und Parteien seit vor den Gefahren der Entwicklung, die zu dem heutigen unhalbaren innerpolitischen Zustand geführt habe, gewarnt. Nach der Reichstagswahl habe er die dringliche Rückerziehung der Zusammensetzung aller wertvollen vaterländischen Kräfte erhoben. In verhängnisvoller Weise hätten sowohl die in Betracht kommenden Parteien als auch die Regierung das Gebot der Stunde verfaßt. Der Volksdienst lehne jede Verantwortung für diese Entwicklung ab. Bei der Abstimmung am Montag hätten sich die Volksdienstvertreter enthalten, einmal, weil die Zulässigkeit der Abstimmung strittig war, und zum anderen, weil es durch die sofortige Abstimmung und Verhängung der Mitherauswahl anträge mit den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung dem Volksdienst unmöglich gemacht worden war, sowohl seine scharfe Ablehnung der sozialpolitischen Maßnahmen als auch seine Zustimmung zu wichtigen innerpolitischen Entscheidungen der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Die Reichstagswahl bestätigte ernste Gefahren für die Zukunft herauf. Die Erklärung schließt mit einem Appell, durch Schaffung einer deutsch-evangelischen Volksfront mitzuhelfen, den herrschenden Parteidiktat zu brechen und den Weg für eine verantwortungsvolle und vom Vertrauen des Volkes getragene Staatsführung freizumachen.

Einsatz der evangelischen Jungmännerbünde in den freiwilligen Arbeitsdienst.

U. Berlin. Die Abteilung für Arbeitslosendienst im evangelischen Jungmännerwerk hat eine umfassende Bestandsaufnahme sowohl der arbeitslosen evangelischen Jugendlichen im Alter von 18–25 Jahren wie auch der Arbeitsdienstwilligen in ihrer Mitte veranlaßt. Auf Grund derartiger Vorarbeiten sind nun in allen Teilen des Reiches Arbeitsdienstlager unter der einheitlichen Benennung „Gesamtdeutsch-Freiheit der Arbeit“ eingerichtet oder im Entstehen. Das evangelische Jungmännerwerk Deutschlands, das schon 468 hauptamtliche Hörner zählt, hofft, auch im kommenden Winter seinen Dienst an arbeitslosen evangelischen Jugend, unabhängig von der Sugebürgteit an Bünden oder politischen Parteien, der bereits im vorjährigen Winter eine Million Verpflegungstage überschritten, noch erweitern zu können.

Über zwei Millionen Tagewerke in der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge.

U. Berlin. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgte dem Tiefstand bei den Notstandsarbeiten der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu Beginn des Rechnungsjahrs 1932 eine erneute Belebung. Von 18 748 Notstandsarbeitern Ende März 1932 stieg die Zahl der Beschäftigten bis 30. 4. auf 82 261, bis 30. Juni 1932 auf 44 889. Sie erreichte hiermit allerdings noch nicht den Stand von Ende Juni 1931 mit 59 470 Notstandsarbeitern; doch lag sie bereits wieder über der Durchschnittszahl des gesamten Rechnungsjahrs 1931 (33 088). Die weitauß starke Beteiligung weist wiederum das Landesarbeitsamt Ostpreußen mit 10,4 Prozent Notstandsarbeitern im Verhältnis zu den Hauptunterstützungsempfängern auf. Der Reichs durchschnitt beträgt nur 1,8 v. H. für den Stichtag des 30. Juni. Nach Ostpreußen folgen die Landesarbeitsämter Bayern und Südwürttemberg mit je 8,4 Prozent. Bei Maßnahmen mit verstärkter Förderung waren Ende Juni 1932 48,4 Proz. aller Notstandsarbeiter beschäftigt gegenüber 55 Prozent Ende März.

Die Zahl der abgeleisteten Tagewerke betrug im ersten Quartal 1932 insgesamt 2 257 898. Der größte Anteil der Tagewerke entfiel auf die Gruppe der Meliorationen; an diesen wiederum ist am stärksten das Landesarbeitsamt Ostpreußen mit 145 400 geleisteten Tagewerken beteiligt. Die Gesamtzahl der Tagewerke für Meliorationen wurde mit 707 208 ermittelt; es folgten die Straßenbauarbeiten mit 289 211, die sonstigen Tiefbauten mit 91 191 und die sonstigen werbenden Anlagen, Kraftgewinnung, Gasversorgung usw. mit 28 000 Tagewerken. Hierbei handelt es sich lediglich um Maßnahmen die nur mit Grundförderung durchgeführt wurden. Zu jeder der erwähnten Kategorien kommen noch je über 100 000 Tagewerke, bei denen auch die verstärkte Förderung einzog.

Der Briefwechsel um die Reichstagsauflösung.

Wahrscheinlich abschließende Stellungnahme des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspur.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist das Reichskabinett heute mittag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammengetreten. Politische Beschlüsse sind bei dieser Kabinettssitzung nicht zu erwarten.

Im Laufe des Vormittags sind übrigens bei der Reichsregierung noch weitere Schreiben eingegangen, die gemeinsam von dem Reichspräsidenten Göring und dem Vorsitzenden des Überwachungsausschusses Höhe unterzeichnet sind. Von diesen Schreiben ist eines gerichtet an den Reichspräsidenten und abschriftlich dem Reichskanzler zugeleitet, und ein weiteres Schreiben ist dem Reichsminister des Innern freiherrn von Gaul überliefert worden. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, beabsichtigt die Reichsregierung nicht, von ihm aus diesen Briefwechsel fortzuführen. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident abschließend in einem Schreiben zu den ganzen Ereignissen Stellung nehmen wird. Für die künftige Beteiligung der Reichsregierung an den Verhandlungen der beiden Ausschüsse dürfte, nach Ansicht der Reichsregierung, nichts bestehen. Die Kreise, durchaus eine dem geistigen Verlangen der Reichsregierung entsprechende Willenserklärung des Reichspräsidenten Göring genügen, da ja aus seinem Schreiben hervorgeht, daß er sich mit den Ausschreibungen des Überwachungsausschusses identifiziert hat.

Die Reichsregierung hat sich noch nicht mit der Frage des Termins der Neuwahlen beschäftigt; ebenso hat sie auch noch nicht zu der Frage Stellung genommen, die in den

Gefangene beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspur.) Der Reichspräsident empfing heute den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Schwartsov, seines den deutschen Generalstaatsrat in New York, Dr. Sieb.

Professor Heilborn gestorben.

Breslau. (Funkspur.) Der Professor der Staats- und Rechtswissenschaft Paul Heilborn ist heute früh, 71 Jahre alt, plötzlich gestorben. Heilborns Vorlesungen galten in erster Linie dem Völker- und Staatsrecht. Zahlreiche völkerrechtliche Arbeiten Heilborns haben weit über die deutschen Grenzen Beachtung und Anerkennung gefunden. Er galt als deutscher Völkerrechtsschreiber, der im Ausland bestens bekannt und sehr geschätzt war.

Postbeamten - Logung.

Bremen. Der Verband der Postbeamten verankerte vom 22. bis 24. September in Bremen seinen 21. Verbandsitag. Im Mittelpunkt der Tagung wird ein Referat der 1. Verbandsvorständen Else Kolhorn über „Die gegenwärtige Berufslage der weiblichen Beamten der Deutschen Reichspost und ihres Raubahn-Nachwuchses“ stehen. Es soll darauf hingewiesen werden, daß diese Berufslage von Jahr zu Jahr schwieriger geworden sei infolge des Verlebensdranges in den Hauptarbeitsgebieten des weiblichen Postpersonals, dem Fernsprech-, Telegrafen- und Postdienst, beigleitender Einigung durch zunehmende Technifizierung.

Verlegung der Großhandelstagung.

Berlin. (Funkspur.) Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Überseehandels e. V. teilt mit, daß die für den 28. bis 29. September 1932 in Münster angesetzte Großhandelstagung mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage verschoben wird.

Weitere Todesopfer der „Observation“-Katastrophe geborgen.

New York. (Funkspur.) An der Mündung des East River wurde eine weitere Anzahl von Leichen angefahren, die als Vermühlungen des untergegangenen Fährbootes „Observation“ identifiziert werden konnten. Die Zahl der festgestellten Todesopfer der Katastrophe hat sich damit auf 64 erhöht. Ob sämtliche Leichen damit geborgen sind, ist noch nicht bekannt.

Schweres Fährbootunglück in Japan.

24 Arbeiter ertrunken.

Tokio. In Japan hat hier ein schweres Fährbootunglück erstanden. Infolge Rumpfbruch des Fährbootes ertranken 24 Arbeiter des Marinearsenals von Kure. Die übrigen 75 Fahrgäste konnten gerettet werden. Das Unglück ereignete sich, als viele auf dem Schiff befindliche Frauen plötzlich nach einer Seite des Fährbootes drängten, das in das Fahrwasser eines anderen Schiffes geraten war und daher zu schwingen anfing.

Politischer Totschlag vor dem Sondergericht.

Wuppertal. (Funkspur.) Das Sondergericht verurteilte in der vergangenen Nacht nach 14 stündiger Verhandlung zwei Kommunisten zu sieben Jahren fests Monaten und zu vier Jahren Zuchthaus. Beide hatten in der Nacht zum 19. Juni einen Nationalsozialisten durch Schüsse getötet und zwei verletzt. Das Gericht nahm Entschlag in dem einen Falle und Totschlagsversuch in den beiden anderen Fällen an und erklärte bei der Urteilsverkündung, nach der Notverordnung vom 9. August wäre die Tat wahrscheinlich mit dem Tode zu sühnen gewesen.

Standortmeldung vom „Graf Zeppelin“.

Hamburg. (Funkspur.) Wie die Hamburg-American-Linie mitteilt, befand sich das Dampfschiff „Graf Zeppelin“ heute früh um 6.15 Uhr Greenwicher Zeit auf 22 Grad Nord und 18.85 Grad West, also etwa 100 Seemeilen nordwestlich Kap Blancoan der Westküste Nordafrikas.

Friedrichshafen. (Funkspur.) Wie der Luftschiffbau Friedrichshafen mitteilt, passierte das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 12 Uhr MEZ. die Kapverdischen Inseln. An Bord ist alles wohl.

Die nördlichste Wetterstation der Welt errichtet.

Moskau. Die Expedition des sowjetrussischen Geodäten „Malaja“ hat auf Rudolf-Insel (81 Grad 47 Minuten nördlicher Breite) die nördlichste Wetterstation der Welt errichtet. Damit ist die in Rahmen des zweiten internationalen Polarjahrs erstellte Aufgabe erfüllt. Wie

strigen Beratungen des Überwachungsausschusses angeht, daß nämlich nach der Verlösung die beiden Städtischen Ausschüsse das Recht haben, sich als Unterstädteausschüsse zu kontinuieren und dann in dieser Eigenschaft die Mitglieder der Reichsregierung vorladen können.

*

Berlin. (Funkspur.) Die für 8 Uhr nachmittags anberaumte Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstages ist auf 5 Uhr nachmittags versetzt worden. Wie verlautet, sind Bekanntungen im Gang, dem Reichstagspräsidenten Göring und die Nationalsozialisten noch an einem weiteren Nachgeben zu veranlassen, um auch die Auflösung, daß die nach dem Ausbildungsalter vorgenommenen Abstimmungen über Notverordnungen und Nichtanerkenntnisse rechtsgültig seien, zu revidieren. Der letzte Beschluss des Überwachungsausschusses, der die Reichsgültigkeit dieser Abstimmungen nominal feststellt, ist nur mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten anstastbar gekommen, während die anderen Parteien den Standpunkt vertreten, daß diese Abstimmungen keine Reichsgültigkeit besitzen, weil sie nach der Auflösung vorgenommen worden sind. Eine Änderung der Auflösung der Nationalsozialisten und damit auch eine Zurücknahme der ersten Mitteilung des Reichspräsidenten an den Reichskanzler würde dem von der Regierung angegebenen Hintergrundgrund, vor dem Ausschluß zu erscheinen, aus der Welt schaffen. Es ist aber noch nicht sicher, ob es gelingt, die nationalsozialistische Auflösung zu ändern.

Expeditionsteilnehmer sind unter Führung des Biologen Bolabin auf Rudolf-Insel zurückgeblieben und werden dort überwintern.

Die Frage der Reichsbahnaufrüge.

Börderungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Berlin. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat eine Eingabe an die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn, die große Arbeitsnot der Eisenwirtschaft dargestellt und nachgewiesen, daß der große Auftragsmangel für Inlandslieferungen hauptsächlich auf die Zurückhaltung der öffentlichen Hand zurückzuführen sei. Im Interesse einer besseren Beschäftigung der deutschen eisenbeschaffenden Industrie und zahlreicher Zweige der Verarbeitung macht der Verein den Vorschlag, daß unverzüglich ein großer und langfristiger Beschaffungsplan der Reichsbahn aufgestellt wird.

Die deutsche Beteiligung in Genf.

Berlin. (Funkspur.) Bei der kommenden Hauptversammlung des Völkerbundes in Genf werden für Deutschland als Hauptdelegierte fungieren Reichsbahnminister von Rentzsch, Gesandter von Röhlenberg und Ministerialdirektor Dr. Gaus,stellvertretende Delegierte sind Staatssekretär Dr. von Rheinbaben, Gesandter Goepert und Gesandter Weißläder. Die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation sind noch nicht bekannt.

Über die Frage der deutschen Beteiligung an dem Büro zur Vorbereitung der Abstimmungskonferenz und die in dieses Büro zu entsendenden Delegierten ist noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Die politische Zone in Danzig.

Danzig. (Funkspur.) Die Regierungsparteien beschäftigen sich heute mittag mit der durch die Anträge der Nationalsozialisten entstandenen Lage. Sie beschlossen einstimmig, einen Antrag auf Auflösung des Volksrates aus innen- und außenpolitischen Gründen unter allen Umständen abzulehnen.

Letzte Funkspur-Meldungen und Telegramme

vom 14. September 1932

Ein Polizeibeamter von einem Fahrraddieb niedergeschossen.

Berlin. (Funkspur.) Der 38jährige Polizeioberwachtmeister Otto Tiegs wurde heute gegen mittag in Wilmersdorf von einem Fahrraddieb, den er verfolgt hatte und festnehmen wollte, niedergeschossen und getötet. Der Täter, dessen Personalien noch nicht feststehen, erschoss sich dann selbst in einem Vorgarten der Mandelstraße.

Turengottanschlag in Weihenbronn.

Muggensturm. (Funkspur.) Auf das Unwesen des Wirtschaftsministers beim Weihenbrunner Amtsgericht, Inspektor Weber, wurde heute gegen 12.30 Uhr nachts eine Wurflinie geworfen. Die Explosionsrichtung zeigte gegen Süden. Verletzt wurde jedoch glücklicherweise niemand. Die Wurflinie war 7,5 Meter lang und wurde mittels einer 2 Meter langen Blindschleuse zur Explosion gebracht. Die Hausschilder und ein recht großes Loch davon getragen. Die Schüttlerung war auch in den umliegenden Straßen zu hören. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen haben bisher noch zu keinem Unfallpunkt geführt. Auch das Motiv der Tat ist unbekannt.



Die meisten Leute wissen es nicht, daß Arbeit jetzt im Preise sehr wohltätig ist. Arbeit ist aber auch im Grunde billiger als Freizeitkleidung, weil die dem Körper angepaßte Kleidung viel länger hält. Der praktische Schneidermeister legt das der Kundin durch die billigen kleinen Angebote im kleinen Taschenblatt, die für kleinen Umsatz sorgen.

Großenhainer Herbstmarkt am 18. September 1932. Säule: 200 Mark. Preis eines Fertels 6-11 RM. Ausnahmen über Notiz. Geschäftsgang: Lanoam.

Tagung des Jungdeutschen Ordens in Meißen

Von Professor R. Vogel, Dresden.

Die Vallei Elbgau des Jungdeutschen Ordens hält Sonnabend und Sonntag in Meißen eine Balltagung ab, zu welcher der Reichsführer der Jungdeutschen Bewegung, Arthur Mahraun, der Vorsitzende von Sachsen, Max Lasse, die Einheiten der Vallei Elbgau und Abordnungen aus den anderen sächsischen Valleys erwartet werden. Im Rahmen der Tagung findet am Sonnabend eine große Kundgebung statt, bei welcher Arthur Mahraun sprechen wird. Am Sonntag versammeln sich die Einheiten zum Gottesdienst im Dom. Danach finden auf dem Sportplatz Wettkämpfe statt, an welche sich ein Marsch durch die Stadt anschließt. Es endet nach dem Vorbeimarsch vor dem Hochmeister Arthur Mahraun am Ordensheim, dessen Weihe den Abschluß der Tagung bildet. So hat man die Möglichkeit, sich unmittelbar überzeugen zu können von dem Willen, das in der jungdeutschen Bewegung lebendig ist und von dem Geiste, der ihre Mitglieder belebt. Sie werden dabei beurteilen können, wieviel von den Unwirken und Verleumdungen wahr ist, mit denen der Jungdeutsche Orden im Laufe der Zeit von vielen Organisationen, darunter auch von solchen, die sich „national“ nennen, belästigt worden ist. Alle diese Vergleiche der öffentlichen Meinung könnten nur bewirken, daß er auf seinem Wege gehemmt, aber nicht zerstört wurde, daß die Ordensschwestern und -brüder immer fester miteinander verbunden und von einem Geiste gemeinschaftlichen Denkens und Empfindens erfüllt wurden, an welchem alle Angriffe von außen machtlos abprallten.

Dieser Geist, in welchem die jungdeutsche Bewegung auch lernernd für die Errichtung der von ihr als richtig erkannten Ziele kämpft, ist ihr in den Anfängen ihres Bestehens von ihrem Führer Arthur Mahraun eingesetzt worden. Hervorgegangen aus einer Offizierskompanie, die Arthur Mahraun gründete, als in den Jahren unmittelbar nach dem Umsturz Verderben von außen und innen unseres Staates drohte, hat der Jungdeutsche Orden überall gekämpft, wo der Nationalismus im Innern die Herrlichkeit an sich zu reißen oder außereinander das Gefüge unseres Staates zu zerstören versuchten, im Südbund, im Südwinkel gegen die Franzosen. Über zeitiger als die Führer anderer nationaler Verbände erfand Arthur Mahraun, daß durch die geistige Entwicklung die Zeit bald überwunden sein werde, in der es nicht einen reinen Wehrverband noch Aufgaben gäbe, die der Lösung entgegengeführt werden müßten. So wußt er das Steuer herum, indem er der von ihm begründeten Bewegung die viel weiter greifende und den Wehrverbänden in sich einschließende Aufgabe stellte, den deutschen Staatsbürgern zu dienen, der nach der Befreiung der trüben Dynastisch-monarchischen Gewalten auf dem Gebiete politischer Entwicklung die Gestaltung seines Geschehens selbst in die Hand nehmen sollte.

Es ist eine frühe Erfahrung innerhalb der jungdeutschen Bewegung, daß das nicht möglich ist unter Anwendung der Mittel und unter Beschreitung der Wege, mit denen der Parteidemokratie demokratischer oder reaktionär-konservativer oder liberalistischer Prägung Politik zu machen verucht. Es ist eine früh entstandene Überzeugung im Jungdeutschen Orden, daß der deutsche Staatsbürger, der fruchtbar in das politische Geschehen sich einreihen kann, in dem politisch anders Denkenden nicht nur den Gegner oder einen Feind und Verräter zu sehen sich gewöhnen darf, sondern den Feind, der aus irgendwelchen begreiflichen oder vielleicht auch unbegreiflichen Gründen anders als man selbst zu dem politischen Geschehen steht. So hat der Jungdeutsche Orden in dem Gefühl seiner Verantwortung dem deutschen Volke gegenüber an der Lösung einer Aufgabe gearbeitet, die seine Partei im Grunde lösen kann: an der Herstellung der deutschen Volksgemeinschaft als der Grundlage deutscher Macht und neuen deutschen Aufstiegs.

So hat er eine Politik getrieben, die nur zu oft erreicht hat gegen den Geschmack der Interessengruppen, die in dem Parteidemokratie und auch in anderen politischen Organisationen bestimmend sind. Er hat dabei mit Genugtuung feststellen können, daß die verschiedenen politischen Organisationen, obwohl sie viele von ihm probierte Ziele zunächst ablehnen, schließlich doch in seine Linien einsteigen. Es ist erinnert an die außenpolitischen Gedanken der jungdeutschen Bewegung, die zuerst von dem sich national nennenden Lager des deutschen Volkes als Landesverrat bezeichnet wurden, während wenige Jahre danach der Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei dieselbe Politik für richtig hielten und nach dem Reichstagswahltag des Jahres 1930 selbst Adolf Hitler einen Vorstoß in der gleichen Richtung unternommen hat, alleamt leider nur zu spät, zu einer Zeit, als Erfolge auf diesem Wege nicht mehr möglich waren. Dasselbe gilt von den Aufgaben, die sich der Jungdeutsche Orden innerpolitisch gestellt hat. Zu seinen ersten Forderungen gehört die Volldienstpflicht für die beranwachsende Jugend und als Vorbereitung dazu der freiwillige Arbeitsdienst. So wird der Jungdeutsche Orden seinen Weg weitergehen, wie er ihn bisher gegangen ist, frei von allen zuverlässigen und materiellen Bindungen, frei von allen aus der Vergangenheit stammenden und für die Gestaltung der Zukunft untauglichen Vorurteilen. Er wird keinen Weg geben unbekümmert um alle Gegner oder Feindkräfte, die ihm dabei zuteil, dankbar für jede Hilfe und Zustimmung, durch die ihm die Errichtung seiner Ziele erleichtert wird. Er wird seine Forderung anmelden für die Errichtung einer Nationalvereinigung, der die Aufgabe auffällt, unseren Staat neu, im deutschen Sinne, zu ordnen, nachdem die parteidemokratische Staatsordnung westlicher Prägung sich unlängst erweichen hat, dem deutschen Volke zu neuem Aufstieg zu verhelfen. Er wird seine Stimme erheben zur Durchführung einer gesunden Reichsreform, die unserem Volke wirtschaftliche Entlastungen bringen und uns betreuen soll von dem mächtigen und trüffelnden Auswirkungen partikularistischer Vorurteile.

Die Neuregelung des Butterzolls

Wie die Industrie- und Handelskammer Dresden mitteilt, haben die sächsischen Industrie- und Handelskammern in einer Besprechung mit der sächsischen Bankwirtschaftskammer über die Regelung der Einfuhr von Wollwarenproduktien festgestellt, daß der bestehende Zollschutz für Butter und Milchprodukte in seiner Gesamtwirkung von den sächsischen Industrie- und Handelskammern nicht bekämpft werde. Für Verhandlungen über Kontingenzerungen werde gemeinsam der Standpunkt vertreten, daß Zollkontingenze, bei denen die über den Kontingenzzoll hinausgehende Menge einem prohibitiven Zollschutz unterworfen wird, absoluten Durchführungsverbote begrenzen. Kontingenzen vorgezogen seien. Im übrigen werde gemeinsam der Standpunkt vertreten, daß bei Verhandlungen mit fremden Staaten unter Wahrung der Vertragsstreue das Interesse der Landwirtschaft an einem wirksamen Zollschutz und das Interesse von Handel und Industrie an einer Verteilung von Kontingenzen auf die Länder, die der handelspolitischen Bedeutung dieser Länder für uns Rechnung tragen, im Vordergrund stehen soll.

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Turnverein Zeithain DZ.

Handballabteilung.

Am vergangenen Sonntag lieferten die 1. und 2. Mannschaft, sowie die Jugend ihre ersten Verbandsstile, welche alle auswärts ausgetragen wurden. Nur die Jugend spielte in Zeithain.

TV. Olsach 1. — TV. Zeithain 1. 5:5 Halbzeit 3:1.

Gleich nach Anpfiff des Spiels legt sich Olsach tüchtig ins Zeug, kann aber nicht verhindern, dass Zeithain zum 1:0 einlaufen kann. Erst nicht lange wohnt die Freude, denn Olsach gibt den Ausgleich. Bis zur Halbzeit konnte Olsach noch zweimal einlaufen, wogegen die Zeithainer leer ausgingen. Kurz nach der Halbzeit legt Olsach noch zwei weitere Tore vor und gewinnt das Spiel bei schon gewonnen. Erst jetzt findet sich Zeithain zusammen. Angriff auf Angriff rollt vor des Gegners Tor. In gleichmäßigen Abständen kann Zeithain bis zum Ausgleich einlaufen.

TV. Grödig 1. — TV. Zeithain 2. 4:7 (1:0).

Die 2. Mannschaft vom TV. Zeithain trug ebenfalls ihr erstes Verbandsspiel gegen Grödig 1. aus, was sie leicht mit 7:4 Toren für sich entscheiden konnte.

TVB. Niela Jugend — TV. Zeithain Jugend 5:0 (1:0).

Auch die Jugend trug am Sonntag vorzeitig gegen TVB. Niela Jüd. ihr erstes Serienpiel aus, was sie bestreiteten mit 5:0 Toren gewannen. Ach.

Länder-Fußball.

Schwedens Fußballelf für den Länderkampf gegen Deutschland am 25. September in Nürnberg hat folgendes Aussehen: Jonasson; Otto Andersson, Erik Boer; S. Björne, B. Carlund, G. Andersson; A. Nilsson, Erik Persson, Lundahl, Kempe, Petersson. — Die deutsche Vertretung steht noch nicht endgültig fest. An Fronze kommen vor allem: Jakob; Wünker, Höringer; Appel, Leineberger, Rauschle; Bergmaier, Krumm, Rohr, Rich. Hofmann, Raud.

Tennis.

Tilden & Co. werden im Anschluss an die Weltmeisterschaften auch in Nürnberg spielen. Am 28. September spielt Hans Rühlein, dessen Geburtsort Nürnberg ist, gegen Tilden, Rajosch gegen Barnes und ferner im Doppel Tilden-Barnes gegen Rajosch-Rühlein.

Ungarns Tennismeisterschaften sind nunmehr beendet worden. Im Damendoppel kam Fr. Hammer mit Fr. Gallmeyer-Berlin als Partnerin zu einem zweiten Erfolge, die im Schlusspiel Frau Schomburgk-Gräfin Szapary 6:3, 6:2 absetzten. Bela von Nehering holte sich wieder einmal den Titel im Herreneinzeln gegen seinen Landsmann Gabrovits.

Anrufe Sportmeldungen.

Indiens Hockeyspieler trugen am Dienstag ihr siebentes Spiel innerhalb von zehn Tagen in Prag gegen eine Mannschaft des Deutschen Hockey-Verbandes in der Tschechoslowakei und siegten nach Gesamtein 12:0 (5:0). Die 3000 Praguer bekamen ein Spiel zu sehen, wie man es in Prag noch nie erlebt hat.

Slowakei und siegten nach Gesamtein 12:0 (5:0). Die 3000 Praguer bekamen ein Spiel zu sehen, wie man es in Prag noch nie erlebt hat.

Die Weltrekorde im Gewichtheben wurden anlässlich des Kongresses in Los Angeles bestätigt. In der neuen Weltrekordliste hält Deutschland mit acht Weltrekorde den zweiten Platz hinter Österreich mit elf Weltrekorden. Neapoleo hat in seiner kurzen Mitgliedschaft bereits acht Rekorde in den heimischen Lehren zu verzeichnen. Der ehemalige Rekordmann ist mit vier Weltrekorde der österreichische Leichtgewichtler Haas. Der älteste Rekord ist der des deutschen Schwergewichtlers Höhler im linkshandigen Stoßen, der noch aus der Vorkriegszeit ist.

Am Gordon-Bennett-Wettfliegen am 25. September in Basel nehmen insgesamt 17 Ballone aus 8 Nationen teil. Deutschland wird durch die Ballone "Varmen", "Stadt Zürich" und "Deutschland" vertreten. Der letztere ist eine Neukonstruktion und hat als Führer die bekannte Piloten G. Schleimfogel und R. Schüle. Unter den Konkurrenten befinden sich auch der Belgier Demester, der das Rennen bereits viermal gewonnen hat, und der Amerikaner Van Deman, der Sieger der letzten 3 Jahre.



Frau Opel gewinnt den Preis der Nationen.

Am Schlusstag des 1. Internationalen Damen-Reitturniers in Düsseldorf wurde der Preis der Nationen ausgetragen. Siegerin dieser schweren Konkurrenz wurde Frau von Opel auf "Manuk", die wir hier beim Nehmen eines schweren Hindernisses wiedergeben.

Gerichtssaal.

Das Gutachten des Impfarztes.

Eine gründlich bedeutsame Entscheidung fällt dieser Tage das Sachliche Oberlandesgericht. Der Angeklagte entzieht seit dem Jahre 1928 sein 1927 geborenes Kind fortgesetzt der Impfung und ist deshalb wiederholter bestraft worden. Im Jahre 1931 wurde er vom Stadtrat erneut aufgefordert, sein Kind der gelegentlichen Impfung aufzuführen. Er ist dem nicht nachgekommen, hat aber das Benen eines Privatarates eingereicht, wonach das Kind mit Mülligkeit auf seinen leidenden Zustand auf ein Jahr von der Impfung zurückgestellt wurde. Die Impfschörde erkannte dieses Zeugnis nicht an und ordnete eine Nachuntersuchung durch den zuständigen Impfarzt an, der das Kind nach Ablauf der völlig harmlosen Erscheinungen eines leichten Bronchialkatarrhs (nach etwa 4 Wochen) für impffähig erklärt. Nachdem diese Zeit um war, erging an den Angeklagten erneut eine ständige Aufforderung, nunmehr sein Kind impfen zu lassen. Weil der Angeklagte ihr nicht entsprochen hat, sondern die Schonfrist von 1 Jahr in Anspruch nahm, lie wiederum seine Verurteilung wegen Vergebens gegen das Impfsechzehn erfolgt. Nach Aufstellung des Amtsgerichts war mit der Zurückstellung des Kindes auf 4 Wochen keine Impfschließung ausgeschlossen worden, sodass auch von der einstrebigen Schonfrist keine Rede sein könne.

Die Revision des Angeklagten vertrat einen gegenteiligen Standpunkt und bemängelte im übrigen, dass der Impfarzt das Kind überhaupt nicht gründlich untersucht habe. Mit der Beibringung eines Impfscheinzeugnisses habe der Angeklagte auch einen Rechtsanspruch auf Billigung der Schonfrist erlangt.

Nach den Entscheidungsgründen des Oberlandesgerichts Dresden (Gerickestrasse 10), dass das Rechtsmittel verworfen hat, besagte das Impfsechzehn, dass das privatärztliche Zeugnis durch den Impfarzt nachgeprüft werden kann und im Zweifelsfalle das Gutachten des Impfarztes maßgebend ist. Das Amtsgericht habe nun die Erklärungen des Impfarztes dahin ausgelegt, dass Impfbarkeit bestehen und auch zur Zeit der Ausstellung des privatärztlichen Zeugnisses bestanden habe, wodurch auch die kurzfristige Zurückstellung des Kindes wegen des leichten Bronchialkatarrhs nichts geändert hätte. Damit habe das privatärztliche Zeugnis seine Gültigkeit verloren. Die Schonfrist von einem Jahr ließ nicht.

Gerichtsstreit um eine Überhemdenpreise.

Der auch in Riesa bekannte Arthur Hanisch, der jetzt in einer großen Vorlagetournee gegen die Kreismauer zu Felde zieht, stand jetzt als Angeklagter vor dem Amtsgericht. Hanisch und seine Ehefrau hatten wegen Unterschlagung je einen Strafbefehl über eine Woche Gefängnis erhalten und Entscheidung der Gerichte angerufen. Frau Hanisch war wegen Krankheit nicht erschienen, das Verfahren gegen sie wurde abgetrennt. Die Eheleute Hanisch hatten im Jahre 1931 ihr Plättigeschäft an die Cheleute Bierfeld verkauft und angegeben, dass alles Inventar ihr Eigentum sei. Hinterher sollte sich heraus, dass auf die im Geschäft befindliche Überhemdenpreise noch etwa 400 RM. abzuzahlen waren. Hanisch wollte sich an den Verkaufsverhandlungen nicht beteiligt haben. Diese Angaben konnten ihm aber durch Zeugen widerlegt haben. Auch hatte er zu gegeben, dass Inventarvergleich selbst geschrieben zu haben. Das Gericht bestätigte daher die Strafe des Strafbefehls.

Handel und Vollswirtschaft.

Die deutsche Maschinen-Industrie im August. Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Aktiengesellschaften, dem Spitzenverband der deutschen Maschinen-Industrie, wird mitgeteilt: Das August-Geschäft verlief ruhig. Am allgemeinen Ton es in keiner Vermeidung der Austräge, nur im Handmaschinen-Geschäft verursachte die höhere Nachfrage der Industriefabrik eine Beliebung. Immerhin führten die in den letzten 2 bis 3 Monaten eingetretene leichten Auftragssteigerungen zu einer weiteren kleinen Erhöhung der Arbeitszeit auf rund 39,5 Werkstunden und zu einer Aufnahme des Beschäftigungsgrades von 30 bis 31 Prozent der Normalbeschäftigung.

Dresdner Börse vom 13. September. Am Dienstag hielt die Juristenhaltung des Publikums an; die Kurse unterlagen nur geringen Schwankungen. Rhönica, Kunstanfalten May und Keckmagazin je 3 Prozent schwächer, Darmunder Ritter, Steinitz und Industrie Planen verloren je 2 Prozent. Gestern notierten Zeiss Stora und Mimoza je 2,5, Zündner und Elektra je 3 Prozent schwächer. Dresdner Stadtanleihe 1928 (7prozentige) 3 Prozent höher. Pfandbriefe gut gehalten.

Leipziger Börse vom 13. September. Ohne grohe Umsätze lag die Börse im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen schwächer. Reichsbank konnten 0,75 Prozent gewinnen, während Sachsenboden 1 Prozent nachgaben. Chromo Kaiser blieben 1,5, Konfidenz Spinnerei 1, Leipzig Riebed 1,5, Leipzig Spiken 1 Prozent ein. Raumman Bier 2 Prozent schwächer vergebens angeboten. Thüringer Wolle minus 2 Prozent, Neuebeckerleihe um 0,5 Prozent abgeschwächt. Für Leipziger Stadtanleihe und Leipziger Hypotheken bestand bei Gewinnen bis zu 1 Prozent Interesse.

Am der Berliner Börse war die Tendenz zunächst noch ziemlich widerstandsfähig, schwächte sich aber gegen Schluss immer mehr ab. Auch der Rentenmarkt blieb bei seiner uneinheitlichen Haltung.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Gefüchte und Getreide pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	13. September	14. September
Weizen, märkischer,	205,00—207,00	206,00—208,00
per September	219,00—230,00	222,00—222,00
per Oktober	219,00—220,00	221,25
per Dezember	219,00—220,00	221,50—221,00
per März	224,50—226,00	227,50—227,00
	Tendenz: matter-befestigt	fester
Roggen, märkischer,	160,00—162,00	160,00—162,00
per September	173,50—174,00	174,00
per Oktober	174,50—176,00	174,00
per Dezember	177,50—179,00	178,00—175,50
per März	179,00	178,00
	Tendenz: fester	ruhig
Gerste, Braugerste	174,00—184,00	174,00—184,00
Zucker- und Industriegefäße	167,00—178,00	164,00—173,00
	Tendenz: stetig	ruhig
Hafner, märkischer	136,00—141,00	136,00—141,00
per September	—	146,00
per Oktober	—	145,00
per Dezember	145,00	145,00
per März	—	143,00
	Tendenz: ruhig	ruhig
Weiz, rumänischer	—	—
Plata	—	—
	Tendenz:	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Saat (steife Marken über Notiz)	25,00—30,00	25,00—30,00
Roggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Saat	21,75—24,00	21,75—24,00
Weizenkleie frei Berlin	10,00—10,40	10,00—10,40
Mogenkleie frei Berlin	8,40—8,90	8,50—8,90
Weizenkleie-Melasse	—	—
Raps	—	—
Leinfaat	—	—
Vitormalz	21,00—24,00	21,00—24,00
Kleine Schweizerbutter	—	—
Hütterterbutter	14,00—17,00	14,00—17,00
Butterbutter	—	—
Widderbutter	—	—
Widen	17,00—20,00	17,00—20,00
Lupinen, blaue gelbe	—	—
Sesadella, neu	—	—
Rapsstückchen, Basis 38%	—	—
Leinstückchen, Basis 37%	10,60—10,70	10,60—10,70
Trockenschnitzel	9,20—9,50	9,20—9,50
Soya-Extraktionsöl, Bas. 45%	—	—
Kartoffelpulpa	—	—
Speiseflaschen	—	—
	Allgemeine Tendenz: schwankend	behauptet
Weizen fester.		

Nach den Preisrückgängen der letzten Zeit war die Tendenz im Produktionsverkehr heute allgemein stetig, ohne dass sich allerdings das Geschäft belebt hat. Das Zulieferangebot von Weizen hat sich auf dem inswischen erreichten Preisniveau merklich verringert und da andererseits in Weizenmehl einige Konsumnachfrage zu verzeichnen ist und auch Weizen-Exportecke etwas günstiger bewertet werden, trat am Börsenmarkt Preisbewegungen bis zu zwei Mark ein. Im handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft war Septemberweizen in gleichem Ausmass bestellt, zumal ein Teil der heute begutachteten Partien nicht kontinuierlich lieferbar war. Roggen war nach gut behauptetem Vormittagsverkehr enttäuschend ruhig. Am Lieferungsmarkt fanden Notierungen für Oktober- und Märzroggen zunächst nicht statt. Am Börsenmarkt ist das Angebot zur Waggonverladung nach wie vor spärlich, dagegen ist Stahlware zu allerdings zu hochgehaltenen Forderungen am Markt. Die Mühlen laufen infolge des unveränderten Mahlbetrages nur zögernd, so dass kaum Preisänderungen eintreten. Weizen- und Roggenmehle haben kleines, aber stetiges Bedarfsgeschäft. Am Hafner- und Gerstenmarkt ist das Preisniveau gleichfalls behauptet. Angebot und Nachfrage halten sich etwa die Waage.

Wasserstände

	13. 9. 32	14. 9. 32
Moldau: Kamitz	+ 9	+ 12
Modran	- 72	- 72
Eger: Laun	- 34	- 40
Eibe: Nimburg	- 22	- 30
Brandeb.: Weinitz	- 59	- 51
Leitmeriz	+ 26	+ 28
Aufzig	+ 52	+ 57
Dresden	- 48	- 43
Riesa	- 191	- 202
	- 138	- 143

Zur Auflösung des Reichstages.



Der Höhepunkt der Sitzung war der Moment, den der Bildberichterstatter hier festgehalten hat: Reichskanzler von Papen (links) meldet sich zum Wort, während der Reichstagspräsident Göring und die Schriftführer sich von ihm abwenden. Da der

Kanzler nicht zum Reden kommt, legt er das Auflösungsdecreet auf den Tisch des Präsidenten und verlässt mit der Regierung den Sitzungssaal. Neben dem Reichskanzler Reichsaußenminister von Neurath und Reichsinnenminister von Gayl.



Die Vorsitzenden der Reichstagsausschüsse.

Abgeordneter Dr. Fried.

der als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses die Beratungen über das Lausanner Abkommen und die Abüstungsfrage leitet.

Abgeordneter Löbe,

der Vorsitzende des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der bei Behandlung des Themas "Der staatsrechtliche Konflikt mit der Reichsregierung" die verfassungsrechtliche Seite der Vorgänge bei der Reichstagsauflösung erörtert.

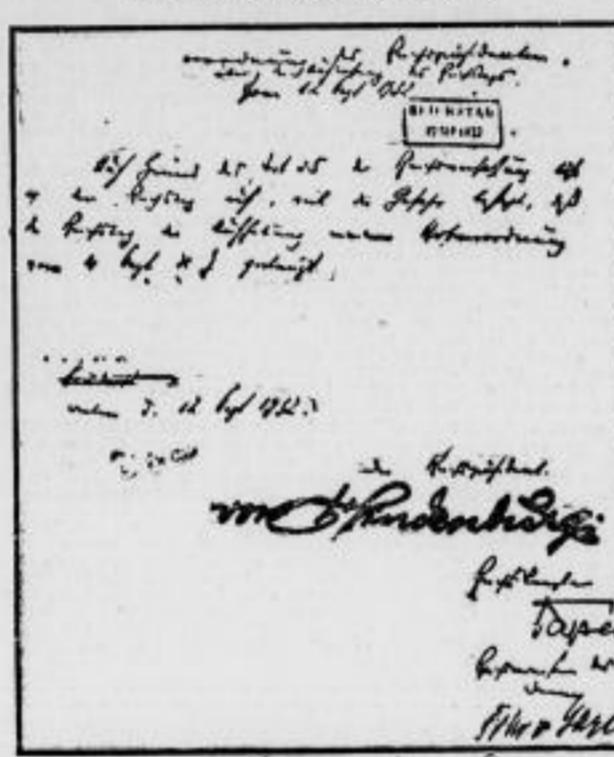
Bilder rechts.

Weitere Veränderungen
in hohen Marinekommandosstellen.

Der bisherige Chef der Nordseestation, Vizeadmiral Tillietje (links),cheidet aus dem Dienst der Reichsmarine. Kapitän zur See Böltz (Mitte), bisher Abteilungsleiter im Reichswehrministerium, ist zum Befehlshaber der U-Boot-Kompanie ernannt worden. Der Inspekteur des Torpedo- und Minenwesens, Konteradmiral Kolbe (rechts), ist zum Befehlshaber der Aufklärungstreitkräfte ernannt worden.

Was ist mit Daubmann?

Im Mai dieses Jahres kehrte bekanntlich nach 16jähriger Abwesenheit Oskar Daubmann in seine badische Heimat zurück. Er gab an, bis zu diesem Zeitpunkt von den Franzosen als Kriegsgefangener zurückgehalten zu sein und sich durch eine abenteuerliche Flucht nach Deutschland gerettet zu haben.



Nach der Auflösung verlassen Reichskanzler von Papen (links) und Reichsinnenminister von Gayl (rechts) das Reichstagsgebäude. Durch dieses Schriftstück wurde der Reichstag aufgelöst. Das Auflösungsdecreet, das die Unterdrückten des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Reichskanzlers von Papen und des Reichsinnenministers Freiherrn von Gayl trägt. (Siehe Mitte.)

Sachsenbischof Deutscher 80 Jahre alt.

Erzbischof Dr. D. Friedrich Deutz, das Oberhaupt der evangelischen Landeskirche in Siebenbürgen, feiert am 16. September seinen 80. Geburtstag. Er ist der kirchliche Führer von 300.000 deutschen Protestanten Ungarns und der südosteuropäischen Länder, der in dem zweiten Jahrhundert seiner schweren Amtsführung herausragende kulturelle Arbeit für das Deutschland im Ausland geleistet hat. (Bild links darunter.)



„Prinzessin Lumpi“

Roman von Erich Ebenstein.

28. Fortsetzung Nachdruck verboten

Er versuchte sie an seine Brust zu ziehen, aber mit einer scharfen Empfindung instinktiv erschien es ihr, dass sie sich etwas in ihr heftig sträubte, während es ihr Papa gegenüber so leicht und selbstverständlich...

„Muss das sein?“ fragte sie dann, die Enttäuschung in seinem Gesicht bemerkend.

„Es muss nicht sein, aber es ist allgemein üblich.“ antwortete er ruhig. „Wenn man jemand lieb hat, so ist der Kuss ein natürlicher Ausdruck für diese Empfindung. Hast du deinen Vater nicht auch geliebt? Rießt du nicht sogar Lumpi?“

Sie errötete. Er hatte ja recht... und dennoch... nein, er hatte doch nicht recht! Warum wäre es ihr sonst, ihn zu küssen, als etwas so Ungeheuerliches erschien, gegen das sich etwas in ihr heftig sträubte, während es ihr Papa gegenüber so leicht und selbstverständlich...

Aber vielleicht war es nur, weil sie Viktor erst wenige Tage lang kannte!

Ja, gewiss war es das... und wenn sie ihn kränkte, würde er vielleicht böse und ging fort und es wurde gar nichts aus der Heitrat, die sie sich inzwischen schon als einen famosen Spaß zurechtlegte. Denn sie freute sich ja schon diebisch, dass dann alle Leute „gnädige Frau“ zu ihr sagen müssten. Und einen Choring durfte sie dann auch tragen...

Und so ging sie denn plötzlich halb verlegen, halb spöttisch lächelnd auf Viktor zu, legte schnell ganz leicht ihre Lippen auf die seinen und fuhr sich dann ebenso schnell mit den Händen über den Mund, denn ihr war, als müsse sie sich da etwas wegwünschen...

„Rum — bist du jetzt zufrieden, Vetter Viktor?“

Er lächelte nachsichtig.

„Ich muss wohl, aber ich hoffe, du wirst es mit der Zeit besser lernen! Es bleibt also dabei, wir lassen uns hier

treuen und treten dann sogleich nach der Trauung die Hochzeitsreise an.“

Freudig überrascht fuhr sie empor.

„Die Hochzeitsreise? Wir werden also eine Hochzeitsreise machen? O du guter, lieber Viktor, das ist ja herrlich von dir! Das willst du wirklich tun? Wohin werden wir reisen?“

„Wohin du willst!“

„Ach nein, das ist ja zu schön! Steifen, eine große Stadt sehen! Wie oft habe ich das gewünscht! Ueberhaupt... nein, wirklich, darüber werde ich ganz nürrisch..., plötzlich, wie so oft fühlt die entgegengesetzten Stimmungen in ihr wechselten, veränderte sich ihr Gesicht von strahlender Freude zu tiefem Schmerz.

„Pa...“, stammelte sie in herzerreißender Trauer. „Pa kann nicht mit...! Mein lieber, einziger Papa, warum musste er von mir gehen... nein, es wird mir gar keine Freude machen, ohne ihn!“ Und Tränen füllten ihre Augen und ihre schmalen Hände streckten sich nach Lumpi aus, der aufheulend emporschrampte. Sie drückte ihn laut weinend an ihre Brust, als sei er allein es, der ihren Schmerz verstehen und mitleidig finden.

Viktor stand stumm daneben.

Stärker als je bisher enthielten sich ihm die Unausgesagtheiten ihres Wesens, begriff er, wie ganz sie noch Kind war!

Würde er das Weib in ihr weden können? Und wenn nicht...?“

Er hatte keine Zeit, den Gedanken weiterzuspinnen. Anneliese hatte sich ausgeweint und dachte wieder an die Hochzeitsreise.

Tausend Fragen sprudelten ihr über die Lippen, während sie den Heimweg einschlügen und Viktor sich bemühte, all die kindisch-törichten Vorstellungen in ihr in belehrenden Worten halbwegs der Witlichkeit anzupassen...

Sabine riss die Augen groß auf, als sie die große Neuigkeit von den Heimkehrenden erfuhr.

Sie lächelte Anneliese und wünschte ihr Glück, dann sah sie ihren Sohn bewundernd an und schüttelte ihm die Hand.

Das war wirklich ein Meisterstück von ihm, sich diese spröde, reiche Erbin so im Handumdrehen zu erobern!

Viktor erklärte ihr später, als er mit der Mutter allein war, das Nötige und schwäte ihr noch im besonderen ein, das Ereignis vorläufig vor jedermann streng geheimzuhalten. Auch die Dienstboten brauchten kein Wort zu erfahren davon. Sabine vertraut es verständnisvoll.

14.

In den folgenden Tagen traf Viktor seine weiteren Anordnungen. Man würde das Aufgebot einmal für dreimal bestellen und dem Pfarrer Stillschweigen einräumen. Das wollte er vor seiner Abreise nach Graz, die notwendig war, um dort alles zu ordnen, selbst beorgen. Die Trauung sollte dann gleich am nächsten Tag im Reisselklo stattfinden. Unmittelbar darauf sollte die Hochzeitsreise nach Wien, für die drei Wochen bestimmt wurden, angereten werden.

In Graz würde er seinen Abschied aus dem Staatsdienst nehmen, den bisherigen Haushalt auflösen und seine und der Mutter Habe nach Heldenried senden.

Anneliese riet er, während seines Fernseins sich im Dornröschenschloss die Zeit zu vertreiben und ihren Freunden vorläufig nichts von ihren Entschlüsse zu sagen, es sei denn, der Pfarrer könne nicht reinen Mund halten, und es käme so unter die Leute.

Dann allerdings müsste sie Farbe bekennen und, wenn man ihr abreden wolle, fest auf ihrem Willen bestehen.

Anneliese versprach alles und war mit allem einverstanden. Sie dachte nur an Wien und — daß sie zum erstenmal im Leben eine Reise antreten würde...

Viktor lachte sorglos.

Haben wir nicht die diesjährige Ernte? Natürlich verkaufe ich sie! Durch meine Wirtschaft bringe ich das später leicht herein.“

Vermischtes.

10 weitere Opfer des Fährbootunglücks auf dem Elsterver gaboren. An der Nähe der Stelle, wo sich vor einigen Tagen die Fährbootkatastrophe ereignete, sind 10 Leichen an die Oberfläche des Wassers getrieben worden, so daß sich die Gesamtzahl bei der Explosion auf dem Schiff ums Leben getretenen auf 80 beläuft.

Er wilderte, weil er über seine Braut verzweifelt war. Mit dieser faulen Nüchtern verlor sich ein alter Wilderer, der schon einschläfrig vorbereitet ist, vor dem Gleisener Bezirksförspricht gegen eine Anklage wegen gewerbsmäßigen Wilderns zu verteidigen. Er hatte auf einen Hahn geschossen, aber bei lebe nicht gewerbsmäßig, sondern weil er wieder ins Gefängnis wollte, da er „über das Vertragen seiner Braut verzweifelt war“. Mit diesem Jagdfeier fand er aber vor Gericht keinen Glauben. Dagegen wurde seine Sehnsucht nach dem Gefängnis erfüllt, denn das Gericht hörte ihn auf ein Jahr am weiteren Wildern.

Der „Echo-Schießer“ wird arbeitslos. Jemand Harabescher ist der „Echo-Schießer“ auf der Hochstraße bekannt, der für wenig Geld mit seinem alten Schieß-Güten in die Gegenwart holt, damit man das Echo hören könnte. Seit rund 80 Jahren nährt das Gewerbe schlecht und recht seinen Mann. Sogar ein Privileg war mit dieser Einnahmequelle verbunden. Jetzt ist auch dieser Beruf der schwindenden Wirtschaftslage und der schwindenden Romantik zum Opfer gefallen und der Echo-Schießer mußte unter die Wohlfahrtsverbündeten gehen.

Ein im ständischen Verkehrsgüllt. In der Nähe des Blauplatzes in Weimar wurde völkerlich die Sichtleitung eines Personenkraftwagens unbrauchbar. Ein Motorradfahrer sah den in der Mitte der Straße halbten unbelauchten Wagen nicht und fuhr auf. Bei dem Sturz löste sich der Lampenschlüssel und das herauslaufende Benzin entzündete sich an der Motorlampe des Motorrades. Nun ereignete sich eine Explosion, die das Motorrad vollständig vernichtete. Der Fahrer wurde zwar verletzt, ist aber durch entzündenes Zugreifen seines Sozius vor dem Verbrennungstode gerettet worden.

Mutregende Schmuggler-Faß. Nur der Landstraße bei Wörgen (Aachen) postierte Beamte bemerkten einen befannen Schmugglerwagen. Als die Polizeibeamten unbeschädigt blieben, eröffneten die Söllner ein scharfes Feuer aus Karabinern. Ein Vorberreiter des Wagens wurde dabei von sechs Kugeln durchlöchert. Trotz der Feuerbeschädigung raste der Wagen weiter, verfolgt von den Grenzern, die sich auf Motorräder geschwungen hatten und eine wilde Jagd hinter den Schmugglern eröffneten. Es gelang ihnen, den Wagen zu stellen und die Schmuggler festzunehmen. — Beamte der Düsseldorfer Polizeihauptwache sollten in Wünsterbusch bei Aachen einen bekannten Schmuggler festnehmen. Als die Beamten das Haus betraten, sprang der Schmuggler aus dem zweiten Stockwerk herunter und verschwand im nahen Walde, wo die Polizeibeamten seine Spur verloren.

Geständnis des Mörder Starf. Auf dem Bahnhof Berlin ist gestern abend aus Stuttgart der Polizeitransport mit dem Mörder des Graf Bruscato eingetroffen. Der Mörder, der 23 Jahre alte Friedrich Starf, hat den Polizeibeamten während der Gleisfahrt ein umfassendes Geständnis abgelegt. — Danach handelt es sich nicht, wie man zuerst annahm, um einen Lustmord, sondern um einen Raubüberfall, bei dem der Mörder an Bord kaum mehr als 5 Mark erbeutete.

Herr und Hund als gegenseitige Lebensretter. Innerhalb einer Minute hat ein Herr seinem Hund das Leben gerettet und hat von diesem den gleichen Dienst empfangen. Der Herzog von Yelise, ein früherer Untervater auf den Thron von Albanien, der jetzt als Rechtsanwalt an den Pariser Gerichten tätig ist, unternahm in früher Morgenstunde mit seinem Terrier Scherl einen Spaziergang an den Seine-Kais. Scherl entdeckte eine Wasserratte und sprang ihr, von seinem Herrn ermutigt, in den Fluss nach. Nachdem er das Tier getötet hatte, geriet er beim Rückenschwimmen in die Schlingpflanzen des Flusses und ging unter. Der Herzog, der die Not des Hundes beobachtete, ängerte keinen Augenblick, sondern sprang ins Wasser, betrat den Hund und brachte ihn ans Ufer. Aber während Scherl sich behaglich das Wasser abschüttelte, verlegte sich der Herzog eine Schlagader am Bein an einem spitzen Flossensplitter und brach ohnmächtig unter großem Blutverlust zusammen. Nur war die Stelle an den Hund. Er heulte und klaffte so jämmerlich, daß ein Bootsmann aufmerksam wurde und mit seinem Fahrzeug herbeirührte. Er kam dem Bewußtlosen zu Hilfe, legte ihm einen vorläufigen Verband an und brachte ihn dann ins Krankenhaus. Ohne die Wundversammlung des Hundes wäre sein Herr wahrscheinlich verbliebt.

Hochstapelen eines angeblichen Millionärs. Wegen Betruges in 23 Höllen verurteilte das Obersprechergericht Charlottenburg gestern den angeblichen Inge-

„Prinzessin Lumpi“

Roman von Erich Ebenstein.

29. Fortsetzung

Nachdruck verboten

Er hatte auch Anneliese versprochen, ihr eine vollständige Kleiderausstattung zu besorgen, da sie selbst, wie sie sagte, von den Dingen nichts verstände. Sie gab ihm dazu die nötigen Maße mit. Über all dem vergaß Sabine ganz, Anneliese von Dr. Trenz' Erkrankung zu berichten.

Viktor fürchtete nicht mehr, daß Anneliese sich von irgend jemand während seiner Abwesenheit gegen ihn beeinflussen lassen könnte. Trotzdem schaute er seiner Mutter ein, ihrem Hang zu freiem Herumstreifen in Wald und Feld keinerlei Hindernisse in den Weg zu legen, sondern im Gegenteil ihm möglichst Vorschub zu leisten, damit sie dadurch weniger mit ihren bisherigen Freunden in Verbindung käme.

Und Sabine, die über die Wendung der Dinge sehr erfreut war, versprach alles.

Das Aufgebot bestellte Viktor selbst beim Pfarrer und bat ihn in Annelieses Namen — in Anbetracht des erst vor so kurzer Zeit erfolgten Todes ihres Vaters — um strenge Verschwiegenheit noch außen hin.

Pfarrer Kordin, der diese Heiratsangeige mit größter Betroffenheit zur Kenntnis nahm, versprach es zwar, nahm sich aber vor, gleich nach der Abreise des „Brautigams“ Anneliese aufzufinden, um von ihr selbst zu erfahren, wie diese unerwartete Verlobung zustande gekommen war.

Denn er konnte es nicht glauben, daß das unerschrockene Kind, das ihm bisher wie ein in den Tag hineinlebender Schmetterling erschien, war, plötzlich über Nacht reif für Liebe und Ehe geworden sein sollte...

Doctor Trenz, den Viktor gleichfalls noch vor seiner Abreise aufsuchen wollte, um höheres und vor allem Sichereres über Anneliese peinliche Verhältnisse zu erfahren, konnte ihn leider nicht empfangen. Er lag schwer krank — man sprach von einer schweren Lungenentzündung — in seiner Wohnung, und eine aus Graz berufene Krankenschwester pflegte ihn.

8.ziehung 5. Klasse 201. Sächs. Landeslotterie

Sitzung am 13. September 1939.

Ohne Gewinne.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbescheinigung steht, kann nur 2000 Mark gewonnen.

20000 auf Nr. 158324 bei Ha. Frieder. Ob. Göbelius, Leipzig.

20000 auf Nr. 68660 bei Ha. H. Meyer, Dresden.

5000 auf Nr. 53798 bei Ha. Käthe Trantner, Görlitz.

5000 auf Nr. 68508 bei Ha. Ernst Schulz, Chemnitz.

5000 auf Nr. 188928 bei Ha. Georg Blöschke, Dresden.

5000 auf Nr. 158328 bei Ha. Geb. Sturm, Leipzig.

6034 731 977 481 (1000) 871 (1000) 478 663 (1000) 838 (1000)

427 301 550 450 (1000) 828 174 214 (1000) 813 033 716 031

559 994 (1000) 204 615 478 671 (1000) 809 038 (1000) 833

797 (1000) 101 807 452 484 500 100 443 551 680 650 819

618 296 (1000) 062 558 869 (1000) 809 060 (1000) 776 873

317 181 902 (1000) 068 111 600 286 300 728 735 773

892 1000 733 (1000) 001 000 628 (1000) 809 062 669 941

538 613 882 501 735 112 083 492 370 456 (1000) 125 912

508 729 626 004 639 233 218 (1000) 821 004 529 656 883

819 (1000) 243 003 923 075 149 610 183 004 507 555 573 506

415 207 115 958 641 (1000) 821 000 629 620 601 801

702 1000 785 013 846 405 856 337 12486 728 727 117 261 011

13456 109 000 000 600 000 602 000 603 000 604 000 605

000 606 000 607 000 608 000 609 000 610 000 611 000

600 612 000 613 000 614 000 615 000 616 000 617 000

608 618 000 619 000 620 000 621 000 622 000 623 000

624 625 000 626 000 627 000 628 000 629 000 630 000

630 631 000 632 000 633 000 634 000 635 000 636 000

637 638 000 639 000 640 000 641 000 642 000 643 000

644 645 000 646 000 647 000 648 000 649 000 650 000

651 652 000 653 000 654 000 655 000 656 000 657 000

658 659 000 660 000 661 000 662 000 663 000 664 000

671 672 000 673 000 674 000 675 000 676 000 677 000

688 689 000 690 000 691 000 692 000 693 000 694 000

695 696 000 697 000 698 000 699 000 700 000 701 000

708 709 000 710 000 711 000 712 000 713 000 714 000

715 716 000 717 000 718 000 719 000 720 000 721 000

726 727 000 728 000 729 000 730 000 731 000 732 000

739 740 000 741 000 742 000 743 000 744 000 745 000

756 757 000 758 000 759 000 760 000 761 000 762 000

771 772 000 773 000 774 000 775 000 776 000 777 000

788 789 000 790 000 791 000 792 000 793 000 794 000

795 796 000 797 000 798 000 799 000 800 000 801 000

805 806 000 807 000 808 000 809 000 810 000 811 000

812 813 000 814 000 815 000 816 000 817 000 818 000

825 826 000 827 000 828 000 829 000 830 000 831 000

836 837 000 838 000 839 000 840 000 841 000 842 000

845 846 000 847 000 848 000 849 000 850 000 851 000

856 857 000 858 000 859 000 860 000 861 000 862 000

863 864 000 865 000 866 000 867 000 868 000 869 000

874 875 000 876 000 877 000 878 000 879 000 880 000

885 886 000 887 000 888 000 889 000 890 000 891 000

896 897 000 898 000 899 000 900 000 901 000 902 000

903 904 000 905 000 906 000 907 000 908 000 909 000

915 916 000 917 000 918 000 919 000 920 000 921 000

926 927 000 928 000 929 000 930 000 931 000 932 000

939 940 000 941 000 942 000 943 000 944 000 945 000

954 955 000 956 000 957 000 958 000 959 000 960 000

965 966 000 967 000 968 000 969 000 970 000 971 000

976 977 000 978 000 979 000 980 000 981 000 982 000

985 986 000 987 000 988 000 989 000 990 000 991 000

998 999 000 1000 000 1001 000 1002 000 1003 000 1004 000

1005 1006 000 1007 000 1008 000 1009 000 1010 000 1011 000

1012 1013 000 1014 000 1015 000 1016 000 1017 000 1018 000

1019 1020 000 1021 00